

Die Entstehung des Grundgesetzes



Das Grundgesetz ist unsere Verfassung, das Gerüst unseres Staates Bundesrepublik Deutschland, seiner 16 Länder und des Zusammenlebens seiner Bürgerinnen und Bürger.

Jedermann hat vom Grundgesetz gehört.
Doch Hand auf's Herz: Wer hat es gelesen?
(Fast) Alles funktioniert danach, seit 1949.
Bisher.
So soll es bleiben? So soll es bleiben.

Das Grundgesetz wurde von engagierten Menschen gemacht. Für uns.
Kennen Sie, kennst Du Namen dieser Menschen, die wir gerne 'Politiker' nennen?
Adenauer? Heuss? Schmid? Selbert? ... Noch jemand?

Sie sind inzwischen alle tot. Doch im Grundgesetz leben sie weiter.
Und durch das Grundgesetz bestimmen sie unser Leben.

Ihre Leistung, also: Die Entstehung des Grundgesetzes ... Wir sollten sie kennen.

Bildung ist das *Fundament* unserer Demokratie.
Auch wenn Demokratie 'Papierkram', 'Akten' und 'Juristisches' bedeutet.
Wer den 'Parlamentarischen Rat' verstanden hat, hat unsere Demokratie verstanden.

Hier ist seine Geschichte, hier ist die Geschichte von Menschen, die uns prägen. Für die *Entstehung* unserer Demokratie brauchte es mehr als 70 Persönlichkeiten. Für ihre *Zukunft* braucht es uns alle ...

Hier ist das vergangene Abenteuer 'Zukunft? Grundgesetz!'



Auf dem Weg zur Verkündung des Grundgesetzes ...

Geschichte. Demokratie. Identität.

Wie gründet man einen Staat neu,

der nationalsozialistisch durchdrungen war;
dessen ehemalige Staatsapparate in den Ländern und
im 'Reich' mit Tausenden Verbrechern und
Handlangern durchsetzt waren;
dessen Bewohner einen Weltkrieg überlebten;
dessen Demokraten 12 Jahre schweigen mus-
sten, in Konzentrationslagern überlebt haben
oder ermordet worden sind ;
dessen Volk für die größten Kriegsverbrechen und
Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Ho-
locaust Verantwortung übernehmen muss;
dessen Infrastruktur zusammengebrochen ist;
der von alliierten Armeen besetzt ist;
dessen Staatsstrukturen von den Besatzern voll-
ständig aufgelöst worden sind?

1945 ist die Gründung der **Bundesrepublik Deutsch-
land** nicht absehbar, 1949 ist sie Wirklichkeit.
Die **Bundesrepublik Deutschland** besteht als demo-
kratischer Rechtsstaat bis heute; wir leben in ihm.
Sein Fundament: Die Verfassung **Grundgesetz**.

Über die Entstehung des **Grundgesetzes**, das
erst die Organisation der **Bundesrepublik
Deutschland** möglich machte, berichten wir hier.



Joachim Gauck,
Bundespräsident a.D.:

*„Es gibt eine Geschichte der
wiedererworbenen Rechts-
treue und der wiedererwor-
benen Verlässlichkeit und
Friedfertigkeit ... Das sind
kostbare Güter, die diese
Nation jetzt prägen.“*
(23. Juli 2024)

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und
den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale
und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberech-
tigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden
der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern

**BADEN · BAYERN · BREMEN
HAMBURG · HESSEN
NIEDERSACHSEN
NORDRHEIN-WESTFALEN
RHEINLAND-PFALZ
SCHLESWIG-HOLSTEIN
WÜRTTEMBERG-BADEN und
WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN**

um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine
neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungge-
benden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik
Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen
mitzuwirken versagt war.
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in
freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit
Deutschlands zu vollenden.

Die Präambel des Grundgesetzes in der Urschrift vom 23. Mai 1949

Im Bewußtsein seiner Verantwortung
vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, als
gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa
dem Frieden der Welt zu dienen,
hat sich das Deutsche Volk kraft
seiner verfassungsgebenden Gewalt
dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern
Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,
Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz,
Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Schleswig-Holstein und Thüringen

haben in freier Selbstbestimmung die Einheit
und Freiheit Deutschlands vollendet.

Damit gilt dieses Grundgesetz für das
gesamte Deutsche Volk.

Der Text der Präambel des Grundgesetzes seit dem 3. Oktober 1990,
gemäß den Vereinbarungen des „Vertrages zwischen der Deutschen De-
mokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Her-
stellung der Einheit Deutschlands“ vom 31. August 1990.



Deutsche Demokratie:
Deutsche Republik
„Deutsches Reich“
1918 - 1933

Am 11. November 1918 wird die „Deutsche Republik“ ausgerufen. Am 11. August 1919 tritt ihre demokratische Verfassung in Kraft. Sie heißt „Deutsches Reich“, und sie wird abfällig „Weimarer Republik“ genannt. Im März 1933 wird die Demokratie per Parlamentsbeschluss mit der Machtübergabe an Adolf Hitler abgeschafft und durch den nationalsozialistischen Führerstaat ersetzt. Er heißt von 1933 bis 1945 „Großdeutsches Reich“ und erfährt mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 sein faktisches, moralisches und militärisches Ende.

Deutsche Demokratien
auf Länderebene:
25 deutsche Länder
1918 - 1933;
11 westdeutsche Länder
1946 bis heute;
Fünf ostdeutsche Länder
1990 bis heute

Besetztes Deutschland:
Land der Länder

Am 6. Juni 1945 übernehmen die alliierten Besatzungsmächte aus den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion die oberste Regierungsgewalt in vier Besatzungszonen, dem Rest des „Großdeutschen Reiches“. Seit Ende 1945 entstehen unter alliierter Aufsicht und deutscher Verantwortung im Westen elf demokratische, im Osten fünf sozialistische Länder mit eigenen Verfassungen.
1946 entsteht unter französischer Führung die „Republik Saarland“ mit einer demokratischen Verfassung.



Am 24. Mai 1949 tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. - Am 7. September 1949 konstituiert sich die Bundesrepublik mit dem Zusammentreten des 1. Deutschen Bundestages. Am 14. Dezember 1956 erklärt der Landtag des Saarlandes den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1957. Am 23. August 1990 beschließt die Volkskammer der demokratischen Deutschen Demokratischen Republik den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, der zum 3. Oktober 1990 wirksam wird.

Eine Ausstellung zur zweiten deutschen Demokratie

Dreimal haben Deutsche im 20. Jahrhundert Demokratien von nationaler Reichweite geschaffen: 1919 mit der deutschen Republik „Deutsches Reich“, 1949 mit der „Bundesrepublik Deutschland“ und 1990 mit der demokratischen „Deutschen Demokratischen Republik“.
In dieser Ausstellung geht es um die Gründung der zweiten Republik: Die „Bundesrepublik Deutschland“.

Deutsche Demokratien:
Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1990
Republik Saarland 1947 - 1956



Deutsche Demokratien:
Bundesrepublik Deutschland 1990
Deutsche Demokratische Republik 1990



Deutsche Demokratie:
Bundesrepublik Deutschland seit 1990



Das politische Deutschland 1945-1948

Die Zeit des Kriegsendes

Das Ende des 'Großdeutschen Reiches'. Die letzte Kapitulation der geschlagenen Wehrmacht: 8. Mai 1945. Deutschland ist besiegt. Deutschland ist befreit. Deutschland ist von alliierten Armeen besetzt. Die nationalsozialistische Regierung kapituliert nicht: Sie 'regiert' in einer Kaserne bei Schleswig und wird am 23. Mai 1945 verhaftet.

Am 26. Juli 1945 teilen die demokratischen Siegermächte USA, Vereinigtes Königreich und Republik Frankreich und die kommunistische Sowjetunion Deutschland in vier Zonen auf. Deutsche Staatsgebiete östlich der Oder werden polnisches oder sowjetrussisches Territorium. Es gibt keinen Staat Deutschland mehr.

Erste praktische Aufgaben der alliierten Besatzer:
Mehr als fünf Millionen deutscher Soldaten entwerfen und gefangen nehmen,
Rückführung alliierter Soldaten aus deutscher Kriegsgefangenschaft,
Versorgung der eigenen Armeeangehörigen und der Deutschen sicherstellen,
das öffentliche Leben auf Gemeinde- und Stadtebene ohne Nationalsozialisten neu organisieren.



Generalfeldmarschall Keitel kapituliert für die Deutsche Wehrmacht.



Die alliierten Oberkommandierenden nach der Kapitulation.



Deutsche Soldaten gehen in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft.



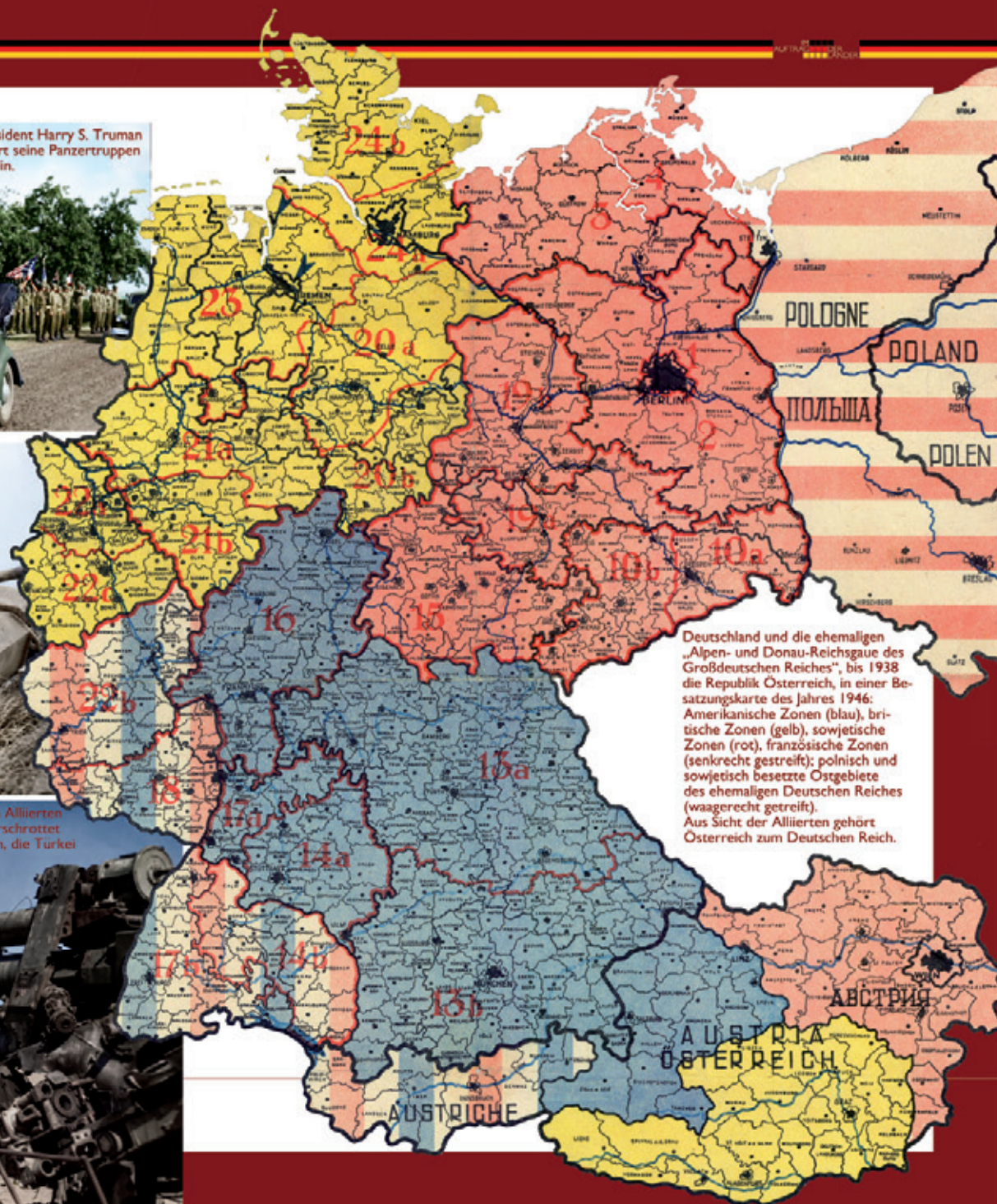
US-Präsident Harry S. Truman inspiziert seine Panzertruppen bei Berlin.



Zerstörtes deutsches Sturmgeschütz mit US-amerikanischen GI's in Siegerpose.



Die schweren Waffen der Deutschen Wehrmacht werden von den Alliierten zum Teil ins Ausland verkauft, für Zielübungen benutzt, werden verschrottet oder stehen als Schrott in der Landschaft herum. Vor allem Spanien, die Türkei und Syrien rüsten sich mit deutschen Waffen aus.



Deutschland und die ehemaligen „Alpen- und Donau-Reichsgaue des Großdeutschen Reiches“, bis 1938 die Republik Österreich, in einer Besatzungskarte des Jahres 1946: Amerikanische Zonen (blau), britische Zonen (gelb), sowjetische Zonen (rot), französische Zonen (senkrecht gestreift); polnisch und sowjetisch besetzte Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reiches (waagrecht gestreift). Aus Sicht der Alliierten gehört Österreich zum Deutschen Reich.

Das politische Deutschland 1945-1948

Besatzungspolitik

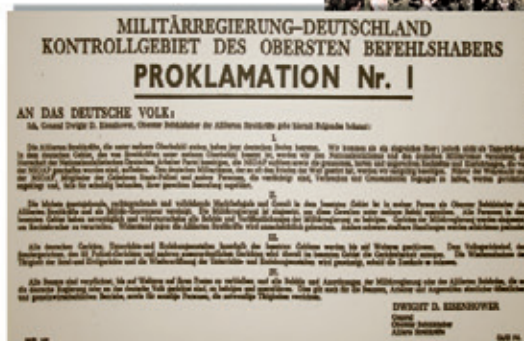
Erste politische Aufträge der US-amerikanischen, englischen und französischen Militärregierungen in Westdeutschland:

Organisation demokratischen Gemeindelebens,
Anklage nationalsozialistischer Verbrechen,
Entnazifizierung der Deutschen,
Vernichtung des deutschen Waffenarsenals,
Installation alliierter Verwaltungen,
Schaffung des Besatzungsrechtes,
Demokratiebildung,
staatsähnliche demokratische Strukturen,
Demontage von Rüstungs- und Industrieanlagen,
Perspektiven für Flüchtlinge und Vertriebene,
Perspektiven für Displaced Persons,
Perspektiven für Überlebende des Holocaust.

In der sowjetisch verwalteten Zone stehen ähnliche Aufgaben an. Sie werden zusehends zentral und bei abnehmenden Freiheiten der zugelassenen politischen Parteien organisiert.

Deutschland und ganz Mitteleuropa gleicht im Sommer 1945 einem waffenstarken Heerlager, dem nach dem Abwurf der Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki klar wird, dass man nur um wenige Wochen dem Abwurf einer Atombombe auf Deutschland entronnen ist. Die Aufspaltung der Reste des Deutschen Reiches in eine amerikanische, sowjetische, britische und französische Zone ist der Beginn einer staatlichen Neuorganisation West- und Mitteleuropas.

Provisorische Gefangenenlager für Hunderttausende entlang des Rheins.



Der Rest des Deutschen Reiches, basierend auf den Grenzen von 1937, seit Juli 1945: Die Reichshauptstadt Berlin ist als einzige Stadt in Deutschland zwischen den vier alliierten Besatzungsmächten aufgeteilt und in Sektoren eingeteilt worden.



Hundert teilweise oder überwiegend zerstörter deutscher Städte steht die immer noch intakte deutsche Rüstungsindustrie entgegen, die von den Alliierten zerstört oder demontiert werden soll. Nach dem Ende der Versorgung der Deutschen aus dem zuvor deutsch besetzten und ausgeplünderten Europa droht für 1945/46 der erste Hungerwinter. Zusätzlich sind Millionen Geflüchteter, noch im Land lebender Zwangsarbeiter, Gefangener und Besatzungssoldaten zu versorgen.



Das politische Deutschland 1945-1948

Demokratisierung

Das politische Leben beginnt in der Gemeinde: Politische Parteien werden auf Ortsebene zugelassen, später auf Landesebene, dann zonenübergreifend.

Trotz schlechter Lebensbedingungen: Hunderttausende deutsche Demokraten stehen bereit.

Die Alliierten beschließen:

„Denazifizierung“ „Demilitarisierung“
„Dezentralisierung“ „Demokratisierung“

Innerhalb kürzester Zeit muss die deutsche Gesellschaft neu organisiert werden und wollen die demokratischen Deutschen daran mitwirken. Alles muss neu organisiert werden, vor allem Recht und Gesetze. Welche Schulen bekommt das Land? Neue Schulbücher, neue demokratisch gesinnte Lehrer, neue Lehrpläne werden erstellt, eine der wichtigsten Aufgaben für ein neues demokratisches Deutschland. Die Entwicklung in den vier Zonen verläuft sehr unterschiedlich: Im Westen Richtung Freiheit, Parteilichkeit und Demokratie, im Osten Richtung „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“.



Vom Verbrüderungsverbot für alliierte Soldaten bis zu den ersten freien Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone dauerte es nur acht Monate. Die Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 leitet die Wende zur amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland ein: Demokratische Schulbildung, Jugendzeitschriften in allen drei westlichen Zonen, politische Zeitschriften und die verordnete Pressefreiheit, neue Tages- und Wochenzeitungen und die öffentliche Dokumentation nationalsozialistischer Verbrechen bilden das Fundament für die demokratische Selbstorganisation der Deutschen im Westen.



Das politische Deutschland 1945-1948

Westen und Osten

Berufsverbände, Gewerkschaften, Flüchtlingsvereine, Kulturvereine, karitative Einrichtungen, Universitäten und Berufsschulen... Das ehemalige nationalsozialistische System muss in neue Organisationen transformiert werden. Das geschieht weitgehend innerhalb von 18 Monaten. Doch der alte nationalsozialistische Geist lebt in weiten Teilen der Bevölkerung fort, noch lange Jahre. Er wird nie ganz verschwinden.

„Der Nationalsozialismus war eine gute Sache, nur schlecht gemacht“ bleibt eine weit verbreitete Meinung. Die Diskussion um die Rolle „der Deutschen“ als Täter und Opfer beginnt. Seit 1946 laufen die großen „Nürnberger Prozesse“ gegen nationalsozialistische Verbrecher in allen Bevölkerungs- und Tätergruppen. - Das Interesse in Deutschland daran ist gering und bald beginnt die Diskussion um einen „Schlusstrich“ unter die Verfolgung von NS-Verbrechen. Im Osten vollzieht sich die Transformation zur „sozialistischen“ Gesellschaft, in den westlichen Zonen zu einer freiheitlich organisierten Gesellschaft, wenn auch unter den Bedingungen alliierter Gesetzgebung. Unter diesen Voraussetzungen entstanden schon die demokratischen Verfassungen der westdeutschen Länder.



Nürnberg Hauptkriegsverbrecherprozess 1946: Richterbank



Nürnberg Hauptkriegsverbrecherprozess 1946: Hauptangklagte

Die „Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse“ dauern Jahre und betreffen nur die „wichtigsten“ Nationalsozialisten. Während in West-Deutschland das Instrument der freien Demonstration die neu entstehende demokratische Kultur kennzeichnet, tut man sich allen Besatzungszonen mit der Aburteilung von Nationalsozialisten schwer. Die meisten entgehen ihrer Verurteilung.



Demonstration der „Exodus“-Juden in Belzen, September 1947



131 Fragen beinhaltet der Erfassungsbogen zur Entnazifizierung, den Millionen Deutsche seit 1946 ausfüllen mussten. Dennoch bleiben Nationalsozialisten in öffentlichen Diensten eine Belastung für die zukünftige Demokratie.

München, Juni 1948: Demonstration gegen die schlechte Lebensmittelversorgung.



Berlin, 1. Mai 1948: Märfest vor dem Reichstagsgebäude

Deutschland 1948



Das politische Deutschland 1948 - Vier Mächte, zwei Blöcke

Deutschland 1948

Zonen-Bewohner

Die Deutschen haben Pässe ihrer Zone, sie sind nicht Bürger des „Deutschen Reiches“. Oder sie sind Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten, Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei.

Denazifizierung: Nicht abgeschlossen;

Demilitarisierung: Abgeschlossen;

Demokratisierung im Westen: Demokratisches Leben in Eigenverantwortung unter alliierter (Gesetzes-)Aufsicht;

Demokratisierung im Osten: Keine freien Wahlen;

Dezentralisierung im Westen: Abgeschlossen;

Dezentralisierung im Osten: Auf dem Weg in einen Zentralstaat.

Die Debatte um die Demokratie im Westen:

Entwürfe und Vorstellungen zu einer gesamt-deutschen Verfassung sind vorhanden.

Der deutsche Wirtschaftsrat der englischen und amerikanischen (Bi-)Zone im Westen arbeitet wie ein demokratisches Parlament und organisiert das Alltagsleben seiner Zonenbürger mit eigenen Gesetzen.

Die Währungsreform im Juni 1948 und die Konferenz der westalliierten Außenminister in London bringen politisch wirksame Entscheidungen.

Die Währungsreform, die ab dem 20. Juni 1948 die alte Reichsmark durch die neue „Deutsche Mark“ in den drei westlichen Zonen ablöst, findet nur 11 Tage vor dem Bekanntwerden der „Frankfurter Dokumente“ statt, dem Beginn der Anstrengungen um eine westdeutsche demokratische Verfassung. Sie ist nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch psychologisch bedeutsam, weil sie den zukünftigen „West-Staat“ im praktischen Leben vorwegnimmt. Drei Tage später gilt auch in der sowjetisch besetzten Zone eine neue „Ostmark“. Die „Deutsche Mark“ des Westens wird eine der stärksten Währungen der Welt ...



Deutsche Mark in Berlin



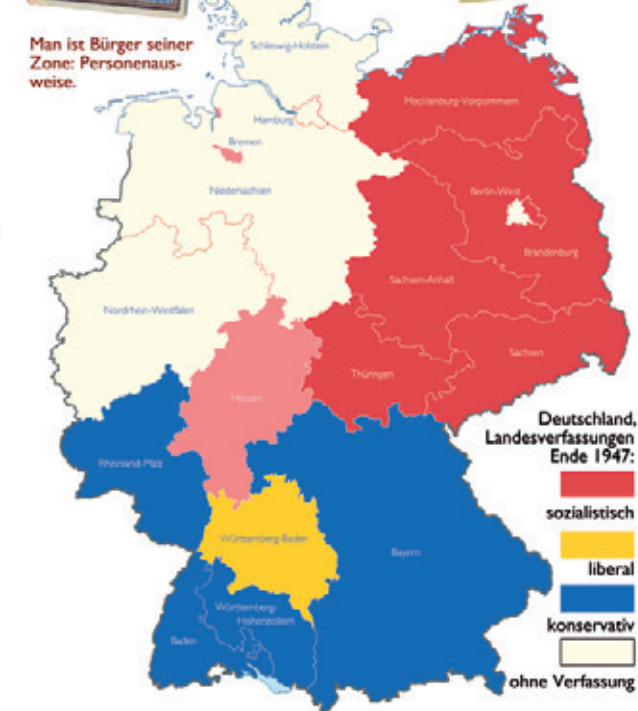
Geldausgabe in Darmstadt



60 Mark, Kopfgeld



Man ist Bürger seiner Zone: Personalausweise.



Das politische West-Deutschland 1948

Über Amerikas Regierung in fünf westdeutschen Ländern



Die drei westdeutschen alliierten Militär-Gouverneure sind oft das Ziel politischer Karikatur: In den West-Zonen herrscht Pressefreiheit.

Die drei westlichen Besatzungszonen werden von alliierten Militärregierungen verwaltet, von den demokratischen Siegerstaaten eingesetzt. Die amerikanische Militärregierung ist die treibende Kraft bei der staatlichen Neu-Organisation West-Deutschlands.



Pierre Koenig, Lucius D. Clay, Sir Brian Robertson (vlnr.), 12. Mai 1949

Die drei westlichen Militär-Gouverneure General Pierre König, General Lucius D. Clay und General Sir Brian Robertson kommen meistens im IG-Farben-Haus Frankfurt zusammen, dem Sitz der amerikanischen Militärregierung.

Drei Jahre Militärregierung



Der Schein zeigt Aufbau und Aufbaustruktur der US-Militärregierung in Deutschland. Zwischen Sie und die Bevölkerung sind fünf weitere deutsche Behörden eingeschaltet.

Der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, gab für HEUTE einen Rückblick

Am ersten Jahrestag der Errichtung der Militärregierung in Deutschland können Millionen Männer, Frauen und Kinder in Westdeutschland die Zukunft mit mehr Vertrauen entgegensehen als während der letzten drei Jahre. Im Laufe des nächsten Jahres werden 1,7 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach Westdeutschland fließen. In Paris besetzen zwei deutsche Vertreter, besetzt mit einem dicken Band von 2000 Seiten, detaillierter Pläne und Vorschläge, Schüler als Schüler mit den Vertretern von 18 anderen Nationen des westlichen Westeuropas und die Rückkehr des mit Kriegswunden bedruckten Deutschland ist die große Familie der Völker.

Das Jahr 1945 war für Millionen Deutsche das Ende der Welt. Familien auseinandergerissen, die Landwirtschaft zerstört, die Felder mit Kriegswunden überzogen, Proviantlager im Krieg verwüstet oder von der zerstörten Bevölkerung ausgeplündert, die Straßen verengt, der gesamte Verkehr lahmgelegt, die Industrie tot. Dieses Chaos hielt uns. In drei Jahren wurde das Leben wieder in geordnete Bahnen gebracht. Aus Hoffungslosigkeit und Verzweiflung sind die Fundamente für politische Demokratie und industrielle Entwicklung in Westdeutschland gewachsen. Der Fortschritt war langsam und trat auf viele Hindernisse.

Das Potsdamer Abkommen von 1945 hatte die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorsehen. Aber die Kämpfer haben sich nicht daran gehalten. Der Eisenerz-Vorhang trennt trotz immer das sowjetisch beherrschte Ostdeutschland vom Westen, obwohl die Entschädigung, diese von den Sowjets erzielte Schäden mildernden, noch immer gilt.

Zu den Folgen der vielen sowjetischen Ökonomiemaßnahmen kam noch die Unmenge des Schuttkeils. Die harten Winter 1945/46 und 1946/47 führten die industrielle Tätigkeit auf vielen Gebieten, vor allem besonders in der bedrückten Weise des Transportes, das gerade begonnen hatte, Fortschritte auf dem Wege des Wiederaufbaus zu machen. Der Mangel an Kohle, der sowohl die Erzeugung von Elektrizität wie auch die Schaffung von Schulen und Krankenhäusern, verursachte große Leiden. Und auf dem kühnen Winter mit einem ganzen Jahrhundert folgte die Trockenheit des letzten Sommers, die alle Hoffnungen auf eine gute Ernte vernichtete. Nur durch eine Notstandsbevölkerung von Dänen zum Ankauf von Lebensmittel in den Vereinigten Staaten wurde eine Hunger-



General Lucius D. Clay, der erste Militärgouverneur der Amerikanischen Zone.

starbende Bevölkerung der Entschädigung in der amerikanischen Zone abgelehnt. Die wirtschaftliche Tätigkeit nach verheerenden Fäll, bei denen es sich um schwerwiegende oder überlebensbedrohliche, sind größtenteils bis Ende Mai abgeworfen worden. In den westlichen Zonen gibt es keinen politischen Terror. Niemand wird verurteilt, irgendeiner Partei beizutreten, nur weil diese Partei die Besatzungsmacht hinter sich hat. Es ist leicht zu verstehen, dass die Alliierten, die kühne zermürbende Jagd nach Lebensmitteln, auf die Einstellung vieler Deutscher zu den Fortschritten der vergangenen 3 Jahre abgelehnt haben. Aber die Fundamente politischer Freiheit und Rechte, die seit 1945 gelegt worden sind, werden beständig wachsen, und diese Errichtung wird reiche Früchte tragen in der Zukunft.

Die heutigen Entscheidungsbefugnisse werden lange vergessen sein werden.

HEUTE-Interview mit den fünf Länderdirektoren der Amerikanischen Militärregierung



DR. JAMES R. NEWMAN
Direktor der Militärregierung
für Nord-Rhein



OBERST FRANK L. HOWITT
Direktor der Militärregierung
für Berlin



MR. CHARLES M. LAFOLLETTE
Direktor der Militärregierung
für Westfalen



MR. THOMAS J. DUNN
Direktor der Militärregierung
für Bremen

Am ersten Jahrestag der Errichtung der Militärregierung in Deutschland können Millionen Männer, Frauen und Kinder in Westdeutschland die Zukunft mit mehr Vertrauen entgegensehen als während der letzten drei Jahre. Im Laufe des nächsten Jahres werden 1,7 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach Westdeutschland fließen. In Paris besetzen zwei deutsche Vertreter, besetzt mit einem dicken Band von 2000 Seiten, detaillierter Pläne und Vorschläge, Schüler als Schüler mit den Vertretern von 18 anderen Nationen des westlichen Westeuropas und die Rückkehr des mit Kriegswunden bedruckten Deutschland ist die große Familie der Völker.

Das Jahr 1945 war für Millionen Deutsche das Ende der Welt. Familien auseinandergerissen, die Landwirtschaft zerstört, die Felder mit Kriegswunden überzogen, Proviantlager im Krieg verwüstet oder von der zerstörten Bevölkerung ausgeplündert, die Straßen verengt, der gesamte Verkehr lahmgelegt, die Industrie tot. Dieses Chaos hielt uns. In drei Jahren wurde das Leben wieder in geordnete Bahnen gebracht. Aus Hoffungslosigkeit und Verzweiflung sind die Fundamente für politische Demokratie und industrielle Entwicklung in Westdeutschland gewachsen. Der Fortschritt war langsam und trat auf viele Hindernisse.

Das Potsdamer Abkommen von 1945 hatte die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorsehen. Aber die Kämpfer haben sich nicht daran gehalten. Der Eisenerz-Vorhang trennt trotz immer das sowjetisch beherrschte Ostdeutschland vom Westen, obwohl die Entschädigung, diese von den Sowjets erzielte Schäden mildernden, noch immer gilt.

Zu den Folgen der vielen sowjetischen Ökonomiemaßnahmen kam noch die Unmenge des Schuttkeils. Die harten Winter 1945/46 und 1946/47 führten die industrielle Tätigkeit auf vielen Gebieten, vor allem besonders in der bedrückten Weise des Transportes, das gerade begonnen hatte, Fortschritte auf dem Wege des Wiederaufbaus zu machen. Der Mangel an Kohle, der sowohl die Erzeugung von Elektrizität wie auch die Schaffung von Schulen und Krankenhäusern, verursachte große Leiden. Und auf dem kühnen Winter mit einem ganzen Jahrhundert folgte die Trockenheit des letzten Sommers, die alle Hoffnungen auf eine gute Ernte vernichtete. Nur durch eine Notstandsbevölkerung von Dänen zum Ankauf von Lebensmittel in den Vereinigten Staaten wurde eine Hunger-

starbende Bevölkerung der Entschädigung in der amerikanischen Zone abgelehnt. Die wirtschaftliche Tätigkeit nach verheerenden Fäll, bei denen es sich um schwerwiegende oder überlebensbedrohliche, sind größtenteils bis Ende Mai abgeworfen worden. In den westlichen Zonen gibt es keinen politischen Terror. Niemand wird verurteilt, irgendeiner Partei beizutreten, nur weil diese Partei die Besatzungsmacht hinter sich hat. Es ist leicht zu verstehen, dass die Alliierten, die kühne zermürbende Jagd nach Lebensmitteln, auf die Einstellung vieler Deutscher zu den Fortschritten der vergangenen 3 Jahre abgelehnt haben. Aber die Fundamente politischer Freiheit und Rechte, die seit 1945 gelegt worden sind, werden beständig wachsen, und diese Errichtung wird reiche Früchte tragen in der Zukunft.

Die heutigen Entscheidungsbefugnisse werden lange vergessen sein werden.



Die Direktoren der Militärregierung: Durch die Neue Zeitung wählt die deutsche Leser in diesem Jahr durch HEUTE in Berlin die amerikanische Art der Besatzungsmacht von fünfzigtausend. Der Text ist in fünfzigtausend eingetragenen.



Die Direktoren der Militärregierung: Durch die Neue Zeitung wählt die deutsche Leser in diesem Jahr durch HEUTE in Berlin die amerikanische Art der Besatzungsmacht von fünfzigtausend. Der Text ist in fünfzigtausend eingetragenen.

Militärregierung



MR. MURRAY D. VAN WAGENINGEN
Direktor der Militärregierung
für Bremen

Am ersten Jahrestag der Errichtung der Militärregierung in Deutschland können Millionen Männer, Frauen und Kinder in Westdeutschland die Zukunft mit mehr Vertrauen entgegensehen als während der letzten drei Jahre. Im Laufe des nächsten Jahres werden 1,7 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach Westdeutschland fließen. In Paris besetzen zwei deutsche Vertreter, besetzt mit einem dicken Band von 2000 Seiten, detaillierter Pläne und Vorschläge, Schüler als Schüler mit den Vertretern von 18 anderen Nationen des westlichen Westeuropas und die Rückkehr des mit Kriegswunden bedruckten Deutschland ist die große Familie der Völker.

Das Jahr 1945 war für Millionen Deutsche das Ende der Welt. Familien auseinandergerissen, die Landwirtschaft zerstört, die Felder mit Kriegswunden überzogen, Proviantlager im Krieg verwüstet oder von der zerstörten Bevölkerung ausgeplündert, die Straßen verengt, der gesamte Verkehr lahmgelegt, die Industrie tot. Dieses Chaos hielt uns. In drei Jahren wurde das Leben wieder in geordnete Bahnen gebracht. Aus Hoffungslosigkeit und Verzweiflung sind die Fundamente für politische Demokratie und industrielle Entwicklung in Westdeutschland gewachsen. Der Fortschritt war langsam und trat auf viele Hindernisse.

Das Potsdamer Abkommen von 1945 hatte die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorsehen. Aber die Kämpfer haben sich nicht daran gehalten. Der Eisenerz-Vorhang trennt trotz immer das sowjetisch beherrschte Ostdeutschland vom Westen, obwohl die Entschädigung, diese von den Sowjets erzielte Schäden mildernden, noch immer gilt.

Zu den Folgen der vielen sowjetischen Ökonomiemaßnahmen kam noch die Unmenge des Schuttkeils. Die harten Winter 1945/46 und 1946/47 führten die industrielle Tätigkeit auf vielen Gebieten, vor allem besonders in der bedrückten Weise des Transportes, das gerade begonnen hatte, Fortschritte auf dem Wege des Wiederaufbaus zu machen. Der Mangel an Kohle, der sowohl die Erzeugung von Elektrizität wie auch die Schaffung von Schulen und Krankenhäusern, verursachte große Leiden. Und auf dem kühnen Winter mit einem ganzen Jahrhundert folgte die Trockenheit des letzten Sommers, die alle Hoffnungen auf eine gute Ernte vernichtete. Nur durch eine Notstandsbevölkerung von Dänen zum Ankauf von Lebensmittel in den Vereinigten Staaten wurde eine Hunger-



Am 1. Juni 1948 berichtet die illustrierte „Heute“ in einem großen Beitrag über die Besatzungsstrukturen in der amerikanischen Zone. Deren PR-Instrumente unter deutscher Führung sind die Tageszeitung „Die Neue Zeitung“ und die illustrierte „Heute“.

Das politische West-Deutschland 1948 - Über Gesetze und Bürokratie

Im Dickicht konkurrierender Vorschriften und Gesetze

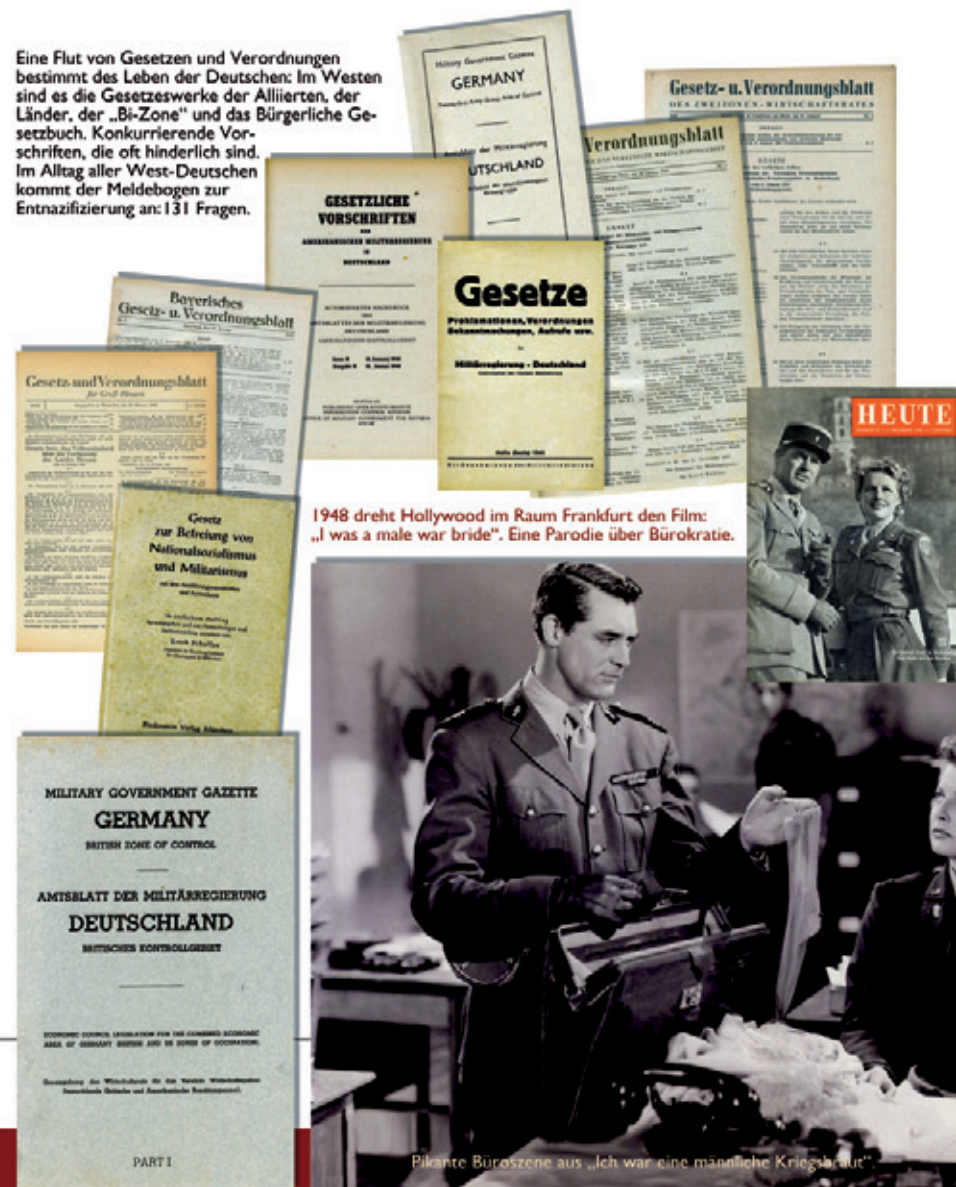
Im Frühjahr 1948 wird klar: Eine gemeinsame deutsche Politik der Länder im Osten und im Westen ist nicht möglich. In den drei West-Zonen läuft das „European Recovery Program“ an, landläufig als „Marshall-Plan“ bekannt, im Juni verändert die Währungsreform den Alltag der Menschen gravierend. Der Frankfurter „Wirtschaftsrat“ macht Wirtschafts- und Alltagspolitik inklusive Gesetzgebung für die britische und amerikanische Zone. Seine Büros: Im Frankfurter IG-Farben-Haus der amerikanischen Militärregierung. Frankfurt macht sich Hoffnungen, später die Hauptstadt eines neuen deutschen Staates zu werden. In Königstein im Taunus entsteht das „Haus der Länder“. Christian Stock, Hessischer Ministerpräsident: „Königstein - Im Zentrum der Länder“. Die Alliierten haben komplexe Regierungs-, Gesetzgebungs- und Überwachungsstrukturen aufgebaut. Die Folge: Eine überbordende, oft hinderliche Bürokratie; eine Flut von Gesetzblättern auf deutsch, englisch, französisch und russisch.

Sie haben Vorgänger, sie haben Nachfolger: Die drei westlichen Militär-Gouverneure General Lucius D. Clay (USA), General Sir Brian Robertson (Großbritannien) und General Pierre Koenig (Frankreich) sind die 1948 in West-Deutschland meist fotografierten politischen Persönlichkeiten: Sie sind die Köpfe der länderübergreifenden alliierten Militär-Regierungen in West-Deutschland.

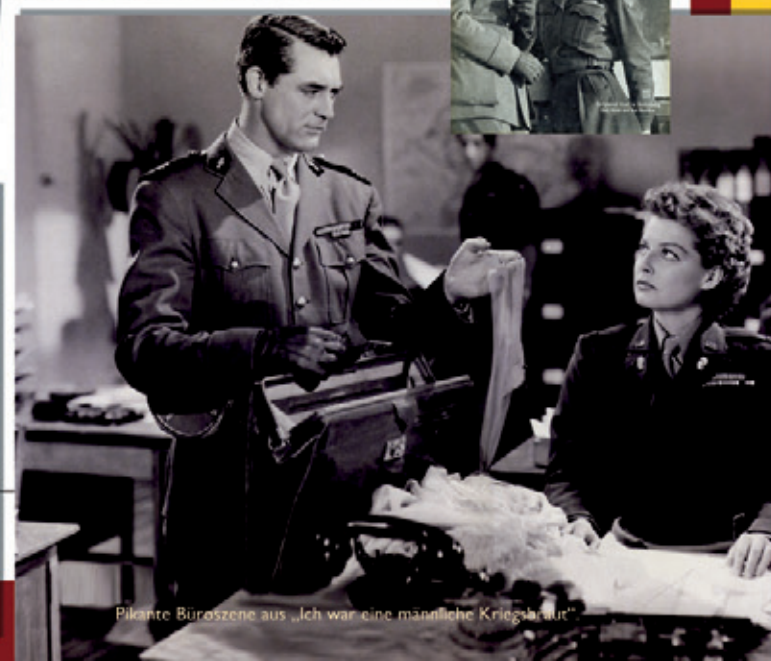


Treffen im IG-Farben-Haus Frankfurt: General Lucius D. Clay (l.), General Sir Brian Robertson, General Pierre Koenig (r.).

Eine Flut von Gesetzen und Verordnungen bestimmt das Leben der Deutschen: Im Westen sind es die Gesetzeswerke der Alliierten, der Länder, der „Bi-Zone“ und das Bürgerliche Gesetzbuch. Konkurrierende Vorschriften, die oft hinderlich sind. Im Alltag aller West-Deutschen kommt der Meldebogen zur Entnazifizierung an: 131 Fragen.



1948 dreht Hollywood im Raum Frankfurt den Film: „I was a male war bride“. Eine Parodie über Bürokratie.

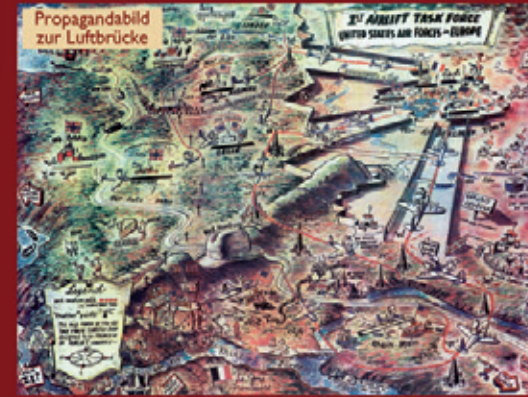


Pikante Büroszene aus „Ich war eine männliche Kriegsbraut“

Das politische Deutschland 1948 - Berlin-Blockade

Schon seit der Einstellung der Mitarbeit der Sowjet-Union im Alliierten Kontrollrat am 20. März 1948 kommt es zu Behinderungen des Zugangs zu den drei westalliierten Sektoren des von allen vier Siegermächten besetzten Berlin. Ab dem 24. Juni 1948 ist West-Berlin von der normalen Versorgung mit Energie, Nahrungsmitteln, Industriegütern etc. abgeschnitten.

Diese Isolierung hängt auch mit der Arbeit der westdeutschen Länder am Grundgesetz zusammen: Die Sowjet-Union erhofft sich eine Rücknahme der Bemühungen um einen „West-Staat“. Mit einer „Luftbrücke“ stellen die West-Alliierten die Versorgung der Stadt dennoch sicher. Kein anderes Ereignis während der Entstehung des Grundgesetzes ist so bekannt geblieben.



Rede Ernst Reuters am 9. September 1948 vor dem Berliner Reichstag.

Der materielle Aufwand zur Versorgung Berlins ist gigantisch: Die „Luftbrücke“ mit hunderten von Flugzeugen sichert fast ein Jahr die Versorgung der Millionenstadt West-Berlin. Der Propaganda-Aufwand um diese „erste Schlacht des Kalten Krieges“ ist ebenfalls sehr groß: Bis heute ist die „Berliner Luftbrücke“ als das Ereignis der (west-)deutschemerikanischen Freundschaft bekannt. Symbolische Ereignisse wie die Rede des Oberbürgermeister Ernst Reuter oder die aus seinem Flugzeug abgeworfene Schokolade für Kinder des US-Piloten Gail Halvorsen tragen dazu bei.



Gail Halvorsen und Berliner Kinder am Flugplatz Tempelhof.



Abgeworfene Schokolade in Kinderhand.



Berliner Kinder beobachten „Rosinenbomber“.

Start US-amerikanischer Transport-Flugzeuge in Wiesbaden Richtung Berlin: Wie „Am Fließband“.



Es beginnt: 1. Juli 1948 - Von London nach Frankfurt ...

Außenminister-Konferenz

Zweite Außenministerkonferenz in London vom 20. April bis zum 2. Juni 1948:

Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Sechs Mächte.

Was wird aus Deutschland-West? - Ein Beschluss, von allen bestätigt, zuletzt zum 17. Juni von den Franzosen: Die sechs Siegermächte möchten einen demokratischen West-Staat, der mehr ist als nur 11 Länder. Vertrauliche Gespräche im Hintergrund, zuletzt am 30. Juni 1948. - Dann: Drei „Dokumente“ und ein geheimer Zusatz ...



General Pierre Koenig (l.),
US-Botschafter Robert D. Murphy,
General Lucius D. Clay (r.)

Das Treffen der westdeutschen Ministerpräsidenten mit den drei Militär-Gouverneuren im Frankfurter IG-Farben-Haus ist spannungsgeladen, und das ist den Teilnehmern auch anzumerken. Es wird schnell klar, dass dieses Treffen später einmal „historisch“ genannt werden wird. Sogar die Boulevard-Presse berichtet ausführlich!



Die Regierung der drei Westzonen, v. l. n. r.: Leo Wohleb (Baden), Hans Ehard (Bayern), Wilhelm Kaisen (Bremen), Hans Beyer (Hamburg), Christian Stock (Hessen), Karl Arnold (Niederrhein), Herwig Kopf (Nordrhein), Peter Ahlweiler (Rheinland-Pfalz), Hermann Lidemann (Schleswig-Holstein), Reinhold Maier (Westfalen), Lorenz Bock (Südwestfalen). (* = verabschiedet)

Ein neuer Schritt vorwärts

Der staatliche Wiederaufbau Deutschlands, der von der amerikanischen Militärregierung bereits vom Mai 1945 nach der Kapitulation planmäßig ins Werk gesetzt wurde, nähert sich jetzt — zweieinhalb Jahre später — einem gewissen Abschluss: der Ausarbeitung einer deutschen Verfassung durch gewählte Vertreter des Volkes und der Einsetzung einer deutschen Bundesregierung. Die Entwicklung, die mit den ersten Gemeindevorwahlen der Nachkriegszeit in der amerikanischen Zone am 20. Januar 1946 begann, verläuft zwar nicht genau so, wie sie der damalige amerikanische Außenminister James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede im Herbst 1946, das die kommende deutsche Regierung noch werden bei den Besatzungsmächten des Westens, noch Bevölkerung, sondern eindeutig bei jenen, die täglich mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit beauftragt sind, auf Vertriebenen-Basis notwendig, wenn man nicht stehenbleiben wollte. Die staatliche Neuordnung Deutschlands findet ihr logische Ergänzung in einer klaren Abgrenzung der

Requisiten der kommenden deutschen Bundesregierung einerseits und der Besatzungsmächte andererseits, wie sie die angestrebte Besatzungsstatut fixieren soll. Auch der Weg von jener allumfassenden Zuständigkeit der Besatzungsmächte, die sich zwangsläufig aus der Lage im Mai 1945 ergab, bis zum kommunikativen Besatzungsstatut konnte nur langsam beschritten werden. Die alliierten Vorschläge zum Besatzungsstatut, die ein Ergebnis der Londoner Sechsmächte-Konferenz sind, mögen den Deutschen vielleicht nicht weitgehend genügen. Aber trotz der Mängel, die sich bei der Ausarbeitung der Verfassung zeigen, ist die Tatsache, dass heute, kaum mehr als drei Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten, mindestens das demokratische Wesen der Deutschen sich auf dem Wege zu einer eigenen Regierung mit Gesetzgebung, Gerichts- und Verwaltungsbefugnis, das heißt, den wichtigsten Elementen der Souveränität, befindet. Die Alliierten haben die Deutschen aufgefordert, Gegenentwürfe zu machen, um dadurch an einer für alle annehmbaren Fassung des Statuts mitzuarbeiten, wie sie ihnen auch die Ausarbeitung der deutschen Verfassung überlassen haben. Und schließlich haben die westlichen Alliierten aus dem Munde ihrer höchsten Vertreter immer wieder betont, daß nach wie vor die Vereinigung der vier Zonen das Ziel ihrer Deutschlandpolitik ist.



Sitz der US-amerikanischen Militärregierung: IG-Farben-Haus Frankfurt 1948

DIE WELT
ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR DIE BRITISCHE
Nr. 67. Jahrgang
Donnerstag, 10. Juni 1948

Paris macht Vorbehalte
USA und England mit Londoner Empfehlungen einverstanden
Frankreich verlangt Einschränkungen — Neue Kabinettskrise

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nahmen am Mittwoch die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung an. Auch die amerikanische Außenpolitik der Londoner Empfehlungen, aber die französische Regierung in Paris hat solche Annahme abgelehnt, da die Empfehlungen nach der Meinung der Regierung Schuman noch vor der Debatte der Empfehlungen kommen wird.

Schuman Schwierigkeiten
Paris, 8. Juni.
Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen. Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen. Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen.

Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen. Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen. Die französische Regierung hat die Londoner Empfehlungen über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung nicht angenommen.

Die Empfehlungen von London
Von Konrad Adenauer, Vorsitzendem der CDU in der Britischen Zone
Die Empfehlungen der Londoner Konferenz sind ein wichtiger Schritt in der Ausarbeitung einer deutschen Verfassung.

Allgemeine Zeitung
Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt
Preis 6,25 DM
Freitag, 2. Juli 1948

Grundlagen der Neuordnung geschaffen
Die Konferenz der drei Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der Westzonen in Frankfurt / Die Bestimmungen über die Nationalversammlung
Der Besatzungsstatut verhängt / Weitere Besprechungen in Koblenz
Druckverlag des Chefredakteurs Fritz Fey



Historischer Tag



8. - 10. Juli 1948 - „Rittersturz“-Konferenz der Ministerpräsidenten bei Koblenz

Eigene Vorstellungen für das neue Deutschland

Über die „Frankfurter Dokumente“ wird eilig debattiert, und zwar in den Landtagen.
... und schnell organisiert: Ein Treffen der 11 westdeutschen Ministerpräsidenten im Hotel Rittersturz bei Koblenz. - Eine Geste! Man tagt in der französischen Zone in Sichtweite des Sitzes der französischen Militärregierung.
Jetzt sind 41 Tagungsteilnehmer angereist. Etliche Ministerpräsidenten bringen Minister mit.
Es geht: „Um Alles!“. Drei Tage lang.
Kommissionen werden gebildet, Berichte verfasst.
Die „Frankfurter Dokumente“ der Militär-Gouverneure? Zustimmung, aber:
Kein westdeutscher Staat! Keine verfassunggebende Nationalversammlung!
Neue Grenzen für die Länder in Deutschland? Sache der Ministerpräsidenten!
Ein „Besatzungsstatut“ für Deutschland?
Das ist nicht gewollt!
Die „Koblenzer Beschlüsse“ zeigen: Die deutschen Länder sind mit den „Frankfurter Dokumenten“ im Prinzip einverstanden.
Aber nicht so:
Korrekturwünsche werden deutlich formuliert.

Terrassengespräche hoch über dem Rhein: Skeptische Stimmen zu den „Frankfurter Dokumenten“ kommen vor allem aus Frankreich und Bayern: „Frankfurter Spuk“ seien die Frankfurter Dokumente.



Die „Frankfurter Dokumente“ liegen als maschinenschriftlicher Durchschlag auf jedem Arbeitsplatz im Hotel Rittersturz: Exemplar des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard.



Beschluss, Verärgerung, Korrektur - „Frankfurt again“ - 14. Juli 1948

Alliierte Haltung

Noch am 10. Juli 'auf dem Rittersturz': Antwort an die drei Militär-Gouverneure.

Im Kern: Gerne Mitarbeit an einem Provisorium, das aber nicht den Charakter eines kompletten Staates haben soll;

gerne die Ausarbeitung eines vorläufigen „Grundgesetzes“, das aber eine spätere gesamtdeutsche Verfassung nicht überflüssig macht; gerne Einrichtung eines „Parlamentarischen Rates“, aber keine „Verfassungsgebende Versammlung“.

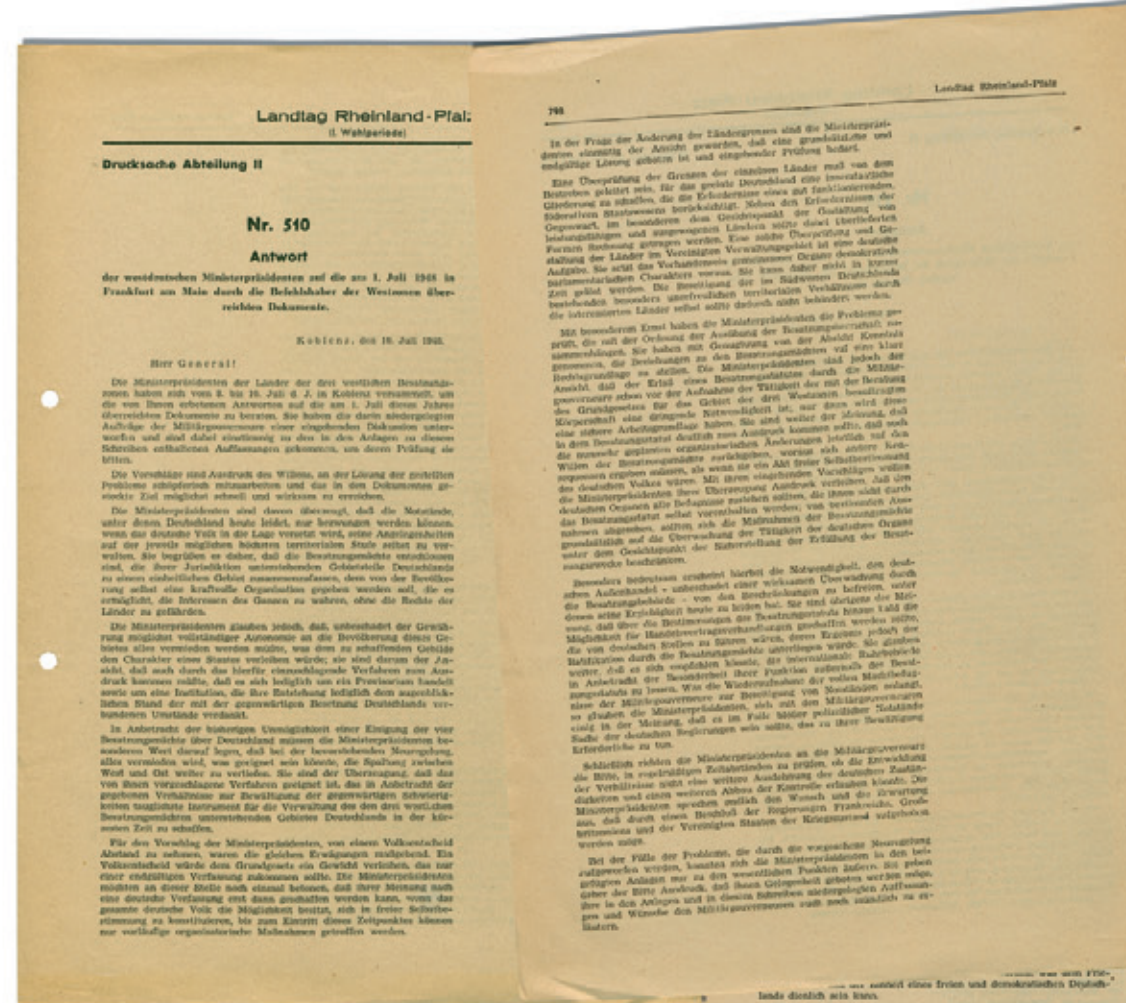
Solche Aussagen haben Folgen!

Am 14. Juli treffen sich vier Ministerpräsidenten mit General-Gouverneur Lucius D. Clay in Frankfurt: Aussprache über diese Differenzen.

Clay: „Sie haben mit den Koblenzer Beschlüssen die Londoner Dokumente für die nächste Zeit außer Kraft gesetzt. Ob in absehbarer Zeit ... ein gleichgünstiges Ergebnis für Deutschland zu erreichen sein wird, ist die Frage ... Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht ...“

Folge: Schnell erneute Zusammenkunft der 11 Ministerpräsidenten am 15. Juli.

Aber wo? - Dieses Mal geht es ins Schlosshotel Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim ...



Noch 314 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

Die „Koblenzer Beschlüsse“ werden schnell öffentlich gemacht: Insbesondere die amerikanische Militärregierung hat sich die Reaktion der Ministerpräsidenten anders vorgestellt.



Der amerikanische Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay



Herrenchiemsee, 10. August 1948. Eröffnung.



Herrenchiemsee, Staatsrechtler im Gespräch: Carlo Schmid (l.) und Hans Nawiasky.

Für die westdeutschen Ministerpräsidenten übernimmt ein zentrales Büro in der Hessischen Staatskanzlei die Koordinierung: Über den Stand der Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee hält man die Staatskanzleien der 11 Länder per Drucksache auf dem Laufenden.

Die Verfassungsentwürfe und Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz sind den Landesparlamenten und den Landesregierungen zu übersenden. Die Landesparlamente sind zu ersuchen, die Verfassungsentwürfe zu prüfen und zu beschließen. Die Landesregierungen sind zu ersuchen, die Verfassungsentwürfe zu prüfen und zu beschließen. Die Landesparlamente sind zu ersuchen, die Verfassungsentwürfe zu prüfen und zu beschließen. Die Landesregierungen sind zu ersuchen, die Verfassungsentwürfe zu prüfen und zu beschließen.

10.-31. August 1948 - Erster Grundgesetz-Entwurf

Beschluss: Länder-Experten

Die Beschlüsse der ersten zwei Ministerpräsidentenkonferenzen im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim (15. und 16. Juli 1948, 21. und 22. Juli 1948) haben konkrete Folgen:

Für die Tage nach dem 10. August 1948 werden Experten zum Verfassungsausschuss nach Herrenchiemsee in Bayern geschickt. Der Auftrag: Vorschläge für ein westdeutsches „Grundgesetz“, das keine vollständige Verfassung sein soll. Denn mittlerweile haben die alliierten Militär-Gouverneure in Frankfurt zugestimmt: Es wird einen „Parlamentarischen Rat“ und ein „Grundgesetz“ geben.

Jedes Land schickt einen Bevollmächtigten plus Sachverständige:

Paul Zürcher (Baden), Josef Schwalber (Bayern), Theodor Spitta (Bremen), Wilhelm Drexelius (Hamburg), Hermann L. Brill (Hessen), Justus Danckwerts (Niedersachsen), Theodor Kort (Nordrhein-Westfalen), Adolf Süsterhenn (Rheinland-Pfalz), Fritz Bade (Schleswig-Holstein), Josef Beyerle (Württemberg-Baden), Carlo Schmid (Württemberg-Hohenzollern). Gast aus Berlin (West): Otto Suhr. - Anton Pfeiffer: Leitung.

Es bleibt nicht viel Zeit, denn schon am 1. September 1948 soll der „Parlamentarische Rat“, für den diese Vorschläge gemacht werden, zusammentreten.

Konvent auf Herrenchiemsee

Das Dilemma: Die Aufgabenstellung ist vage. Was tun? Am Ende steht ein „Bericht“, der einen Grundgesetz-Entwurf kommentiert. Arbeitsweise: Drei Ausschüsse. Hauptergebnisse: *Die Gesetzgebung soll in einem Parlament und in einer Länderkammer erfolgen; die Bundesregierung ist von einer Mehrheit eines „Bundestages“ abhängig; die Regierung kann nicht von aktuellen Mehrheiten des Bundestages einfach abgewählt werden; ein Staatsoberhaupt soll behelfsmäßig das neue Gebilde repräsentieren; Notverordnungen liegen nur beim Parlament; Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz und Finanzen bleiben weitgehend bei den Ländern; Bund und Länder führen getrennte Kassen; Volksbegehren sind nicht vorgesehen; eine Änderung der Grundordnung des „Grundgesetzes“ soll unzulässig sein.*

Die Fachleute haben aus der „Weimarer Verfassung“ gelernt. Und viel Neues vorgeschlagen. Der Bericht geht am 31. August 1948 an die Ministerpräsidenten auf Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim, von dort sofort zum neuen „Parlamentarischen Rat“. Werden die Parlamentarier den Bericht nutzen?

Der 97-seitige „Bericht“ aus Herrenchiemsee wird am 24. August 1948 in Herrenchiemsee und am 31. August 1948 im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim abgezeichnet.



Jagdschloss Niederwald, 31. August 1948: Die Ministerpräsidenten Peter Altmeier (l.) und Hermann Lüdemann (r.).



Noch 287 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

Standort Parlamentarischer Rat - Warum Bonn?

Stimmen für Bonn

Doch wo soll der „Parlamentarische Rat“ tagen? Die Ministerpräsidenten diskutieren: Bonn, Celle, Düsseldorf, Frankfurt, Karlsruhe, Koblenz, Köln? Der amerikanischen Militärregierung wäre Bad Nauheim recht!

Eine Entscheidung muss schnell getroffen werden, denn bereits am 1. September soll der „Parlamentarische Rat“ das erste Mal tagen!

Ministerpräsident Christian Stock (Hessen) ergreift die Initiative. Schließlich ist das Büro der 11 Ministerpräsidenten in seinem Haus untergebracht: Am 13. August werden die Ministerpräsidenten telefonisch abgefragt.

Acht Stimmen für Bonn, zwei für Karlsruhe und eine für Celle. Schon am 12. August haben sich die Amerikaner auch mit Bonn einverstanden erklärt: Man gibt dem Wunsch der britischen Besatzungsmacht nach, in ihrer Zone den Tagungs-ort einzurichten. Außerdem: In Frankfurt würden die Alliierten ständig in der Nähe sein, kein gutes Klima für freie Parlamentsarbeit.

Bis zur Eröffnungsfeier bleiben noch genau 19 Tage, um 65 Abgeordnete, deren Mitarbeiter, technisches Personal etc. im teilzerstörten Bonn unterzubringen.

Renovierung in Rekordzeit

Die unzerstörte „Pädagogische Akademie“, die man als Tagungsgebäude ausgesucht hat, muss hergerichtet werden.

Die Studenten für das Lehramt und ihre Dozenten werden in die Nordstadt von Bonn ausquartiert.

Am 16. August wird im Rundfunk öffentlich: Bonn wird Sitz des Parlamentarischen Rates! Innerhalb von zwei Wochen werden alle Räume renoviert, Mobiliar hergestellt, die Gartenanlagen in Schuss gebracht, Straßen ausgebessert, Quartiere für Abgeordnete, Mitarbeiter und Presseleute organisiert, eine Buslinie zur Innenstadt eingerichtet, die Fahrbereitschaft organisiert ...

Am 1. September 1948 ist alles bezugsfertig.

Die Pädagogische Akademie wurde 1926 am Südrand der Stadt Bonn errichtet, direkt am Rheinufer: Modern in der Architektur, anspruchsvoll in der Bestimmung - Lehrerbildung - ist sie ein typisches Produkt der Weimarer Republik. Hier den Parlamentarischen Rat unterzubringen, ist nicht nur praktisch: große Aula, viele Büroräume, sondern auch programmatisch zukunftsweisend. Schlicht und zeitlos, weiß. - Wo bis 1933 Lehrer im Sinne der Deutschen Republik gebildet wurden, wird nun das Grundgesetz gelingen? Wird hier einmal der Deutsche Bundestag stehen?



Bonn in einem US-amerikanischen Luftbild von 1945. Während die Innenstadt großflächig zerstört oder beschädigt ist, sind die meisten Gebäude am Stadtrand intakt geblieben, darunter auch die im Süden gelegene „Pädagogische Akademie“.



Die Pädagogische Akademie Bonn 1926



Die Pädagogische Akademie Bonn 1949



Die Pädagogische Akademie Bonn 1949; Blick in den großen Sitzungssaal

I. September 1948: Parlamentarischer Rat - Feierliche Eröffnung, kontroverse Konstituierung

Feierliche Eröffnung

Wo kann im zerstörten Bonn der feierliche Festakt vor der Konstituierung des Parlamentarischen Rates stattfinden? Schnell entscheidet man sich für das „Museum Koenig“, dessen große Halle sonst von ausgestopften Tieren bewohnt ist. Aber nicht heute! Heute sind alle Museumsexponate hinter Vorhängen verschwunden. Heute versammeln sich um 13.00 Uhr die frisch gewählten Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Repräsentanten aus Groß-Berlin, die Ministerpräsidenten und Regierungsmitglieder der 11 westdeutschen Länder, Repräsentanten der west-alliierten Militärregierungen und ein illustres Publikum aus Kultur, Kirche und Politik. Von der „verfassungsgebenden Versammlung“ wird die Presse sprechen. Wie wahr. Ministerpräsident Karl Arnold bringt es auf den Punkt: „Sie beginnen eine Arbeit, deren Größe und Bedeutung nicht überschätzt werden kann.“ Ministerpräsident Christian Stock: „Wenn gesagt wird, in Bonn würde heute die Spaltung des deutschen Volkes vollendet, so erkläre ich hiermit vor dem ganzen deutschen Volk: Wir spalten nicht, wir führen zusammen und einigen.“ Diese Abgeordneten repräsentieren 46 Millionen Deutsche!



Am 1. September 1948 findet um 15.00 Uhr die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates statt. Ort: Der frisch hergerichtete Plenarsaal der Pädagogischen Akademie Bonn, weit im Süden, direkt am Rhein, direkt neben Bohnengärten und Äckern. Hier wird sich die Arbeit am Grundgesetz abspielen, hoffentlich beendet noch vor Weihnachten! Hier wird am Nachmittag Konrad Adenauer zum Präsidenten gewählt, hier beantragen die Kommunisten die Einstellung der Arbeit am Grundgesetz, hier wird am 8. September 1948 die Arbeit der Abgeordneten praktisch beginnen.



Ab dem 1. September 1948: Nur mit Ausweis Zugang zur Pädagogischen Akademie!

Noch 265 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

1948



1949



Parlamentarischer Rat

65 Abgeordnete in Bonn

Der Parlamentarische Rat hat ab dem 1. September 1948 zunächst nur eine Aufgabe: Die Formulierung des „Grundgesetzes“ für einen demokratischen Staat in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Dafür haben die 11 Landtage insgesamt 65 Abgeordnete aus ihrer Mitte gewählt. Hinzu kommen fünf Abgeordnete aus Berlin, beratend und ohne Stimmrecht. Sie beginnen ihre praktische Arbeit am 8. September und beenden sie im Juni 1949. Die Hoffnung, das Grundgesetz noch im Jahr 1948 vorlegen zu können, erfüllt sich nicht. Bis es soweit ist, stehen hunderte Sitzungen von Ausschüssen und Fraktionen, von interfraktionellen Gesprächen und Beratungen mit den alliierten Militärregierungen an. Der Parlamentarische Rat schafft zur Erledigung seiner großen Aufgabe Ausschüsse: **Haupt-Ausschuss - Ausschuss für Grundsatzfragen - Ausschuss für Organisation des Bundes - Ausschuss für Zuständigkeitsabgrenzung - Ausschuss für Finanzfragen - Ausschuss für Wahlrechtsfragen - Ausschuss für das Besatzungsstatut - „Siebener-Ausschuss“ - „Fünfer-Ausschuss“.**

Wird der Parlamentarische Rat anschließend auch den neuen Staat organisieren?

Tagung
des
PARLAMENTARISCHEN
RATES

Sonderstempel der
Deutschen Post.



Pädagogische Akademie: Blick in den Plenarsaal.



Fernschreiberzimmer.



Ausgerüstet mit den neuen „W 48“



Poststelle



Öffentliche Sitzung des Parlamentarischen Rates.

Wenn der Betrieb im Gebäude des Parlamentarischen Rates auf Hochtouren läuft, arbeiten dort mehr als 150 Personen, Gäste und Journalisten nicht mitgerechnet. Im Gebäude der „Pädagogischen Akademie“ ist eine effektive Infrastruktur untergebracht: Plenarsaal, Abgeordnetenbüros, Lesezimmer, Journalistenraum, Poststelle, Fahrbereitschaft, Fernschreiberstation, Kopierwerkstatt, Sortierraum, Kantine, Fraktions- und Verbindungsraum, ein Friseur im Haus ... Es wird ein Alltag sein, in dem - wie zu allen Zeiten seit der antiken Demokratie in Athen - viel „auf dem Gang“, „zwischen Tür und Angel“, beim Essen oder „am Rande von ...“ besprochen und beschlossen wird. Dieses Haus „der Akten und Aktentaschen“ verfügt sogar über eine Verkaufsvitrine für Leder-Aktentaschen! Auch die Boulevard-Presse berichtet ab und an aus diesem „Kosmos der Demokraten“. Zwischen September 1948 und Juni 1949 werden mehr als 900 Drucksachen produziert: Protokolle, Berichte, Anträge, Pressemitteilungen. Mehrere Millionen Blatt Papier werden gebraucht.



Kantine.



Lesesaal mit mehr als 40 unterschiedlichen Tageszeitungen.





Fraktionen im Parlamentarischen Rat

In allen 11 Landtagen der westlichen Besatzungszonen werden nach einem Modellgesetz die Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat gewählt, entweder nach Verhältniswahlssystem oder nach der Anzahl der Landtagsmandate einer jeden Partei in einem Landtagsparlament. Die Abgeordneten schließen sich im Parlamentarischen Rat zu Fraktionen zusammen:

Die Abgeordneten der Christlich Demokratischen Union (CDU) bilden zusammen mit den Abgeordneten der Christlich Sozialen Union Bayerns (CSU) eine Fraktion mit 27 Abgeordneten.
Fraktionsvorsitzender: Anton Pfeiffer (CSU).
Sie haben Räume zur Beratung in Königswinter (CDU) und Bonn (CSU).

Die Fraktion der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mieten sich zu Besprechungen im Hotel 'Drachenfelsen Hof' in Bad Honnef-Rhöndorf ein. Fraktionsvorsitzender ist Carlo Schmid. Es sind 27 Abgeordnete.

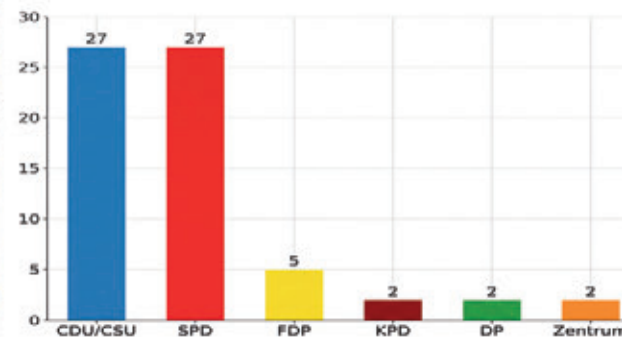
Die Fraktion der Liberalen besteht aus Abgeordneten der Freien Demokratischen Partei (FDP), der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP). Sie treffen sich im Bonner Hotel 'Rheinterrassen'. Fraktionsvorsitzender ist Theodor Heuss. Es sind fünf Abgeordnete.

Die Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) besteht aus zwei Abgeordneten und bespricht sich im Bonner Hotel 'Gruhner'. Fraktionsvorsitzender ist Max Reimann. Es sind zwei Abgeordnete.

Die Deutsche Partei stellt zwei Abgeordnete. Hand-Christoph Seeböhm ist der Fraktionsvorsitzende.

Die Zentrumsfraktion stellt zwei Abgeordnete. Fraktionsvorsitzende ist Helene Wessel.

Die Konstellation von 27, 27, 5, 2, 2 und 2 Abgeordneten in sechs Fraktionen sorgt in vielen Einzelfällen für überraschende Mehrheiten.





Parlamentarischer Rat - Schnappschüsse

Orientierung: Hauptausschuss im Plenarsaal.



Konrad Adenauer im Büro des verletzten Hermann Wendersleb.

Das „Herz des Hauses“ der Plenarsaal: Sitzung des Hauptausschusses.



Sortieren der Drucksachen.



„Seeböhm's Büro“.



Orientierung und: Politik im Gang.



Pressegespräch mit Konrad Adenauer.

DIE AKTUELLE BILDZEICHEN DER FRANKFURTER RUNDSCHAU



Der Parlamentarische Rat ist weitgehend transparent: Oft genug gelangen journalistische Schnappschüsse, und es wird ganz offiziell auch „für die Nachwelt“ fotografiert.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verfügt im Gebäude des Parlamentarischen Rates über ein eigenes Büro: Nordrhein-Westfalen ist für die Organisation der zukünftigen vorläufigen Hauptstadt Bonn zuständig, auch für den Ausbau der Pädagogischen Akademie zum Sitz des zukünftigen Bundestages und des zukünftigen Bundesrates. Hermann Wendersleb von der nordrhein-westfälischen Landeskanzlei ist der führende Kopf.

Carlo Schmid im Vordergrund - Konrad Adenauer dahinter (Die gesamte Landesschicht, Bonn - 1. Sitzung vom 2. April 1949)

Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1948

Chronik-Daten

Die Arbeit des Parlamentarischen Rates zwischen dem 1. September 1948 und Juni 1949 ist komplex und umfasst 12 Sitzungen des Plenums, 59 Sitzungen des Hauptausschusses und 84 Sitzungen der anderen Ausschüsse und unzählige Besprechungen in allen erdenklichen Kombinationen, offiziell und inoffiziell.

Die „Besatzungsmacht“ nimmt direkten Einfluss auf seine Arbeit (Gliederung der Länder, Bundesfinanzplanung u.a.).

Alles dauert länger als geplant und doch: Die Bewunderung über das umfassende Ergebnis im Mai 1949 - eine vollständige Verfassung - übertönt die Kritik an den Verzögerungen.

September

1. September 1948

Feierliche Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Museum Koenig in Bonn; anschließend konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie Bonn.

8. bis 9. September 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates.

15. September 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Konstituierung der Fachausschüsse des Parlamentarischen Rates.

30. September 1948

Die westdeutschen Militär-Gouverneure beharren auf ihrer Anweisung, dass der Parlamentarische Rat ein Grundgesetz zu erarbeiten hat.



Der Plenarsaal des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie Bonn.

Oktober

20. Oktober 1948

Die westdeutschen Militär-Gouverneure äußern sich zur zukünftigen Verteilung der Machtbefugnisse zwischen Ländern und zukünftigem Bund hinsichtlich Finanzkompetenzen.

20. und 21. Oktober 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

November

11. November bis 10. Dezember 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

18. November 1948

Wichtiges Gespräch zwischen dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer und dem britischen Generalgouverneur General Brian Robertson in Bad Homburg.

22. November 1948

Memorandum der westdeutschen Militär-Gouverneure zur bisherigen Beratung der Fachausschüsse des Parlamentarischen Rates zu Themen wie Länderkammer, Zuständigkeiten von Ländern und Bund, Gerichtsbarkeit, Beamtenrecht.

Dezember

15. Dezember 1948 bis 20. Januar 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Zweite Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

16. und 17. Dezember 1948

Besprechung von Abgeordneten des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main („Frankfurter Affäre“).



Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1949

Chronik-Daten

Januar

7. Januar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Stellungnahme des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates zu alliierten Planungen der Industriekontrolle im Ruhr-Gebiet („Ruhr-Statut“).

26. bis 28. Januar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Beratungen des neu gebildeten „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates.

Februar

5. Februar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Vorlage des Ergebnisses des „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates.

8. bis 10. Februar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Dritte Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

10. und 11. Februar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Memorandum des „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates an die westdeutschen Militär-Gouverneure über den föderativen Charakter des Grundgesetzes. Übersendung des Grundgesetz-Entwurfes an die alliierten Militärregierungen.

18. Februar 1949
Das alliierte Memorandum zum Grundgesetz-Entwurf wird dem Parlamentarischen Rat übermittelt.

24. Februar 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Das Plenum des Parlamentarischen Rates verabschiedet den Entwurf eines Wahlgesetzes für die erste Bundestagswahl.



Der Fahren-Ausschuss.

März

2. März 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main.

3. März bis 6. April 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Beratungen des „Siebener-Ausschusses“.

8. bis 10. März 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main.

18. März 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit alliierten Repräsentanten in Bonn.

24. März 1949
Konferenz der elf westdeutschen Ministerpräsidenten in Königstein im Taunus: Stellungnahmen zum Grundgesetz und zum Wahlgesetz.

25. März 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit alliierten Repräsentanten in Bonn. Ablehnung der Vorschläge des „Siebener-Ausschusses“ durch die Alliierten.

April

5. bis 10. April 1949
Konferenz der Außenminister der drei westlichen Besatzungsmächte in Washington: Beschluss zur Zusammenlegung der drei westlichen Besatzungszonen zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet (Washingtoner Abkommen über die Dreimächte-Kontrolle; Fusion Westdeutschlands zur „Trizone“). Einigung über ein zukünftiges Besatzungsstatut. Bekanntgabe der Ergebnisse an den Parlamentarischen Rat.

14. April 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main zum Besatzungsstatut und zur zukünftigen Bundespolizei.

22. April 1949
Übergabe der Mitteilung der Außenminister von Frankreich, Großbritannien und der USA an den Parlamentarischen Rat.

24. April 1949
Pädagogische Akademie Bonn: Interfraktionelle Einigung zum aktuellen Grundgesetz-Entwurf.

25. April 1949
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militärgouverneuren in Frankfurt am Main. Einigung zum zukünftigen Grundgesetz.

Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1949

Chronik-Daten

Mai

5. bis 6. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Vierte Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

6. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Zweite Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

8. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Dritte Lesung und Verabschiedung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

10. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Verabschiedung des Wahlgesetzes und Bestimmung von Bonn als vorläufiger Hauptstadt der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland.

10. Mai 1949 und folgende Tage

Veröffentlichung des Grundgesetzes mit seinem gesamten Wortlaut in zahlreichen westdeutschen Zeitungen.

12. Mai 1949

Genehmigung des Grundgesetzes vom 8. Mai 1949 durch die westdeutschen Militär-Gouverneure in Frankfurt am Main.

18. bis 21. Mai 1949

Annahme des Grundgesetzes in 10 von 11 Länderparlamenten Westdeutschlands. Der Bayerische Landtag lehnt das Grundgesetz ab, aber er stimmt der Gültigkeit des Grundgesetzes in Bayern zu.

23. Mai 1949

Konferenz der elf westdeutschen Ministerpräsidenten in Bad Godesberg.

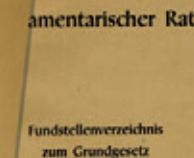
23. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Feierliche Verkündung des Grundgesetzes. Veröffentlichung des Grundgesetzes im Bundesgesetzblatt Nr. 1, herausgegeben von den westdeutschen Ministerpräsidenten.

24. Mai 1949

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ ist in den 11 Ländern Westdeutschlands um 00.00 Uhr in Kraft getreten.

Der technische Dienst des Parlamentarischen Rates produziert nicht nur ständig Matrizenabzüge, sondern gibt kurz nach der Beendigung der Arbeit am Grundgesetz Protokolle vergangener Sitzungen als Paperback-Bücher heraus, gedruckt von der Bonner Universitätsdruckerei: Allein die Protokolle des Hauptausschusses umfassen hier nun 790 Seiten! - Jeder Abgeordnete kann nachsehen, wer wann was zu welchem Thema gesagt hat. ... Eine wichtige bis heute.



Der Hektographier-raum im Parlamentarischen Rat wird im Mai 1949 sogar für die Boulevard-Presse interessant.



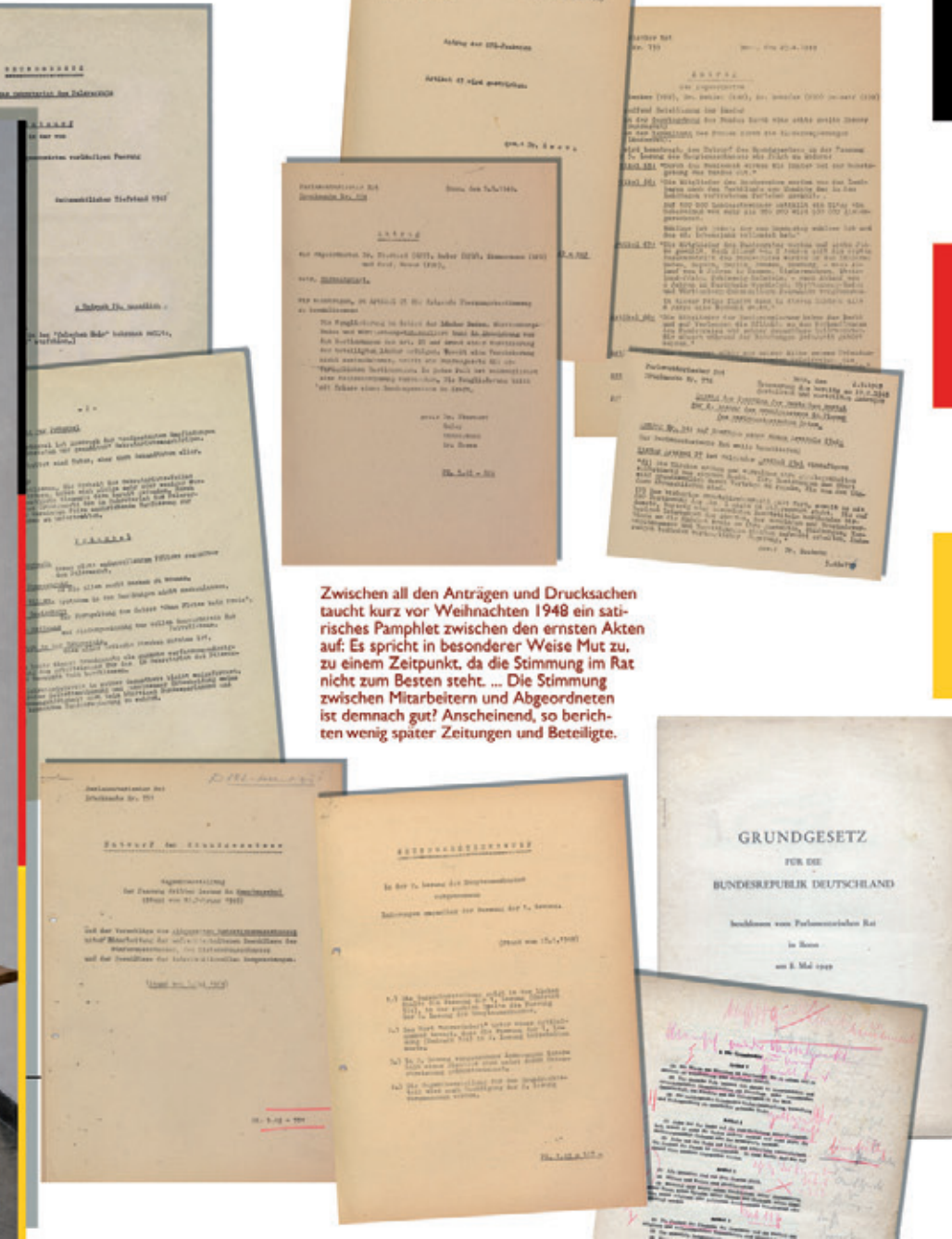


Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1948/49

Die mehr als 900 Drucksachen des Parlamentarischen Rates künden nicht nur von Fleiß, sondern vor allem vom Bemühen um die Sache, vom Ringen im Detail ...

Anwesenheitslisten für Abgeordnete des Parlamentarischen Rates im Eingang der Pädagogischen Akademie.

Zwischen all den Anträgen und Drucksachen taucht kurz vor Weihnachten 1948 ein satirisches Pamphlet zwischen den ernststen Akten auf: Es spricht in besonderer Weise Mut zu, zu einem Zeitpunkt, da die Stimmung im Rat nicht zum Besten steht. ... Die Stimmung zwischen Mitarbeitern und Abgeordneten ist demnach gut? Anscheinend, so berichten wenig später Zeitungen und Beteiligte.



Parlamentarischer Rat - Für wen sie stehen, wer sie sind ...



Staatsgründer-Porträts

Sie kommen im Auftrag ihrer Landtage, sie stehen für die Bürger ihrer Länder. Die 65 „Väter der Verfassung“ sind viermal weiblich: Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel werden subsumiert.

Rund drei Wochen nach dem Beginn ihrer Arbeit, am 25. September 1948, werden sie alle in „Die Neue Zeitung“ einem Millionen-Publikum mit Foto und politischem Statement vorgestellt. Einige von ihnen werden in den kommenden Monaten immer wieder in der Presse erscheinen, einige wenige von ihnen werden zu Ikonen der deutschen Demokratiegeschichte.

Rund 70 Jahre später hat sich die *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* in Bonn die Mühe gemacht, an alle Abgeordneten des Parlamentarischen Rates einzeln zu erinnern: Ihre Porträts sind hier per QR-Code abrufbar.



Parlamentarischer Rat - 27 von 65

Die Qualität der ersten Fassung des Grundgesetzes vom 8. Mai 1949 gründet nicht nur auf seinem Inhalt, sondern auch auf dem gelungenen Bemühen um sprachliche Formulierungen, der Einbeziehung beratender externer Experten und der Geschwindigkeit, mit der das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat durch Broschüren in die Öffentlichkeit getragen wurde.



Die US-amerikanischen *Federalist Papers*, die seit 1787 in New York erschienen waren, beeinflussten die deutschen Verfassungsdebatten seit 1792, auch die des Parlamentarischen Rates. Dessen Mitglieder Heuss, Schmid, Süsterhenn und Zinn werden gerne mit den Autoren der *Federalist Papers* verglichen.

Bildung, Wissen, Einigung

Sie sind unterschiedlich intensiv engagiert und unterschiedlich fleißig und ideenreich. Juristischer Sachverstand, politisches Wissen und viel klassische Bildung: Etliche Abgeordnete haben berufliche Hintergründe, die sie zur Verfassungsarbeit qualifizieren, allen voran Carlo Schmid. Vier von ihnen waren schon 1919 in der Weimarer Nationalversammlung für die Verfassung der „Deutschen Republik“ (Deutsches Reich) aktiv. Einige waren Abgeordnete im Deutschen Reichstag gewesen, vor 1933 in Landesregierungen aktiv oder hatten in den letzten drei Jahren in Verfassungsberatungen der Länder mitgewirkt.

Fünf Abgeordnete waren wenige Wochen zuvor, im August 1948, am „Verfassungskonvent Herrenchiemsee“ beteiligt: Anton Pfeiffer, Carlo Schmid, Josef Schwalber, Adolf Süsterhenn und Otto Suhr. Parteizugehörigkeit ist oft genug nicht entscheidend. Es wird quer durch die Fraktionen diskutiert. Sie schaffen ein großes und gelehrtes Werk, das stellenweise den *Federalist Papers* von 1787/88 der US-amerikanischen Verfassungsgeschichte gleichkommt. Der Parlamentarische Rat ist ein Vorbild für ehrliche Kompromissbereitschaft.



Seehofer



Loh



Thoma



Nadig



Simons



Schmid



Heuss



Chapeaurouge



Nawiasky



Bergsträsser



Selbert



Renner



Pfeiffer



Brill



von Brentano



Dehler



Schönfelder

Zu denen, die nicht Mitglieder des Parlamentarischen Rates sind, aber mit ihren Ideen und Vorarbeiten „im Geiste dabei sind“, gehören aus der Expertengruppe vom „Verfassungskonvent Herrenchiemsee“ mit Sicherheit **Hans Nawiasky** (1880 - 1961) und **Hermann Brill** (1895 - 1959). Aus der Gruppe der externen Berater ist vor allem **Richard Thoma** (1874 - 1957) eine Persönlichkeit, die nicht im Vergessen der Geschichte untergehen sollte. Dazu zählt auf der Seite der alliierten Regierungsmitglieder auch **Hans Simons** (1893 - 1972).

Im Parlamentarischen Rat sind es inklusive der wenigen bis heute immer wieder erwähnten Mitglieder **Ludwig Bergsträsser** (1883 - 1960), **Heinrich von Brentano** (1904 - 1964), **Paul de Chapeaurouge** (1876 - 1952), **Thomas Dehler** (1897 - 1967), **Adolf Ehlers** (1898 - 1978), **Fritz Eberhard** (1896 - 1982), **Theodor Heuss** (1884 - 1963), **Hermann Höpker-Aschoff** (1883 - 1954), **Rudolf Katz** (1895 - 1961), **Wilhelm Laforet** (1877 - 1959), **Robert Lehr** (1883 - 1956), **Fritz Löwenthal** (1888 - 1956), **Hermann Mangoldt** (1895 - 1953), **Walter Menzel** (1901 - 1963), **Friederike Nadig** (1897 - 1970), **Anton Pfeiffer** (1888 - 1957), **Heinz Renner** (1892 - 1964), **Carlo Schmid** (1896 - 1979), **Adolph Schönfelder** (1875 - 1966), **Joseph Schwalber** (1902 - 1969), **Hans-Christoph Seehofer** (1903 - 1967), **Elisabeth Selbert** (1896 - 1986), **Walter Strauß** (1900 - 1976), **Adolf Süsterhenn** (1905 - 1974), **Helene Weber** (1881 - 1962), **Helene Wessel** (1898 - 1969), **Georg August Zinn** (1901 - 1976).

Sie vor allem sind es, die konkret gestalten und formulieren.

Porträts zum Grundgesetz



Helene Wessel

Helen Weber

Friederike Nadig

Elisabeth Selbert

Parlamentarischer Rat - Das Plenum

Vier Frauen, 61 Männer: Debatten - Presse - Publikum - Rundfunk

Im Hauptausschuss wird debattiert, im Plenum findet man die großen Reden. Das Plenum ist komplett öffentlich: Zuhörer, Presse und Rundfunk sind da!

Das verändert manchen Politiker-Auftritt. Es gibt sie, die großen Gesten und die großen Momente. Zwölfmal tritt das Plenum zusammen. Highlights der Parlamentskultur? Manchmal. Die erste, die zweite, die beiden letzten werden sich ins Gedächtnis der Nation einbrennen (10. und 12. Sitzung) ... Vorne: Präsidium und Stenographen; dann die drei Tischreihen der 65 Abgeordneten. Dahinter: Publikum und Presse; darüber: Publikum und Presse. Dazwischen: Erna Wagner-Hehmke, die Fotografin des Hauses. Ihre Bilder werden der Nachwelt einen Eindruck vermitteln, das glauben alle. Telefon beim Protokollanten: Das „W48“, neueste westdeutsche Produktion. Immer erreichbar! Einfache Tische, unbequeme Holzstühle. Wer hier schläft, ist definitiv überarbeitet! Akten und Aktentaschen. Mehr nicht. Keinen Kaffee im Raum bitte!

Sitzungsdauer: Meistens mehr als sechs Stunden. 8 Stunden 54 Minuten: Die Verabschiedung des Grundgesetzes (10. Sitzung); 56 Minuten: Die Verkündung des Grundgesetzes (12. Sitzung).



Die konstituierende Sitzung am 1. September 1948.

Das letzte Mal frei gesprochen wurde von Abgeordneten im Namen der Nation vor 5.641 Tagen, am 23. März 1933 im Berliner Reichstag. Wer kann sich daran heute, am 1. September 1948, aber noch erinnern? Die freie westdeutsche Presse wird den Parlamentarischen Rat begleiten. - Die nicht freie ostdeutsche Presse auch.

Pädagogische Akademie Bonn, 3. Stock, ehemalige Aula, jetzt Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates: Hier tagen das Plenum und die Ausschüsse. Zurufe: Ohne Mikrophon: Reden am Pult: Mit. Die Stenographen dokumentieren wörtlich, die Presse schreibt mit; der Nordwestdeutsche Rundfunk NWDR schneidet bei Plenarsitzungen mit. Nicht alle Abgeordneten sind immer anwesend: Pausen individuell, im Büro ... oder in der Kantine, je nach Sitzfleisch. Denn es wird lange gesessen, Sitzungspausen inklusive.



Carlo Schmid: Oft ist der NWDR dabei.



Blick vom Präsidium in das Plenum.



Parlamentarischer Rat - Womit sie arbeiten

Die Abgeordneten beginnen im September 1948 auf der Grundlage des „Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee“ und der „Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919“, in Kenntnis der sieben westdeutschen Landesverfassungen der letzten zwei Jahre und externer Entwürfe: „Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung“ (1948, CDU), einer Denkschrift des „Zonenbeirates“ und der „Deutschen Partei“. Sie kennen die Paulskirchen-Verfassung von 1849 ebenso wie die Reichsverfassung 1871 von Bismarck, ebenso die Schweizer Bundesverfassung, die Verfassung der Republik Frankreich von 1946 und die US-amerikanische Verfassung.

Einige Vorschläge aus Herrenchiemsee werden unverändert ins Grundgesetz übernommen; aus den deutschen Ländern beeinflusst vor allem die Hessische Verfassung von 1946 die Arbeit der Parlamentarier. Die „Paulskirchen-Verfassung“ von 1849 interessiert eigentlich nur wegen der Grundrechte. Wichtiger wird die Verfassung des „Deutschen Reiches“ von 1919.

Sie kennen auch die Entwürfe und Texte der Ver-
einten Nationen und die Verfassungen von Ka-
nada und Australien ...

Man beachtet die Deklaration der Menschenrechte von 1789 und englisches Verfassungsrecht. Und man kennt die neue Verfassungsliteratur der Nachkriegsjahre.

Das Grundgesetz entsteht auch vor dem Hintergrund intensiv und heftig diskutierter Lösungen anderer Verfassungen und Verfassungsvorschläge. Wird das komplexe Gesamtwerk - wie geplant! - bis Weihnachten 1948 zu vollenden sein?

Der Abgeordnete Ludwig Bergsträsser, 20 Jahre zuvor im Reichstag, 1946 sogar Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung in Hessen, weiß um die Bedeutung anderer bundesstaatlicher Verfassungen: Zu seiner Lektüre zählt das Buch „Bundesstaatliche Verfassungen“, das gerade frisch von der amerikanischen Militärregierung herausgegeben worden ist und 11 Verfassungen miteinander vergleicht. Außerdem stehen den Abgeordneten verschiedene aktuelle juristische Verfassungswerke im Buchformat zur Verfügung, darunter auch das Verfassungswerk von Richard Thoma.



Ludwig Bergsträsser an einem Arbeitstisch im Parlamentarischen Rat.

Parlamentarischer Rat - Warum die Verfassung **Grundgesetz** heißt

Altes Wort neu verwendet

Der Begriff „**Grundgesetz**“ ist in der deutschen Verfassungsgeschichte seit Jahrhunderten bekannt. Schon in Grimms Wörterbuch 1776 erscheint er als „*staatsrechtliches Fundament*“, 80 Jahre später als „*Gesetz, das allen andern zum Grunde liegt*“. Die Nationalsozialisten missbrauchen 1933 den Begriff „*Staatsgrundgesetz*“. - Die westdeutschen Ministerpräsidenten sind der Meinung, der Begriff „**Grundgesetz**“ beschreibt eine staatliche Organisation, die mehr ist als nur ein Staatsfragment, aber weniger als ein vollständiger Staat. Die Alliierten stimmen im August 1948 zu und rücken von ihrem Wunschbegriff der „*Verfassung*“ ab: Man wird ein „**Grundgesetz**“ erarbeiten. - Carlo Schmid führt am 8. September 1948 in der 2. Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates aus: „Wir haben ... das **Grundgesetz** zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse ... zu beraten und zu beschließen.“ Das „**Grundgesetz**“ wird am 8. Mai 1949 beschlossen. Die **Verfassung** „**Grundgesetz**“ ist 1949 ein Provisorium: räumlich, weil ein Teil Deutschlands fehlt; zeitlich, weil es nur eine gewisse Zeit Geltung haben soll; und: weil noch nicht alle Souveränitätsrechte ausgeübt werden können. Inhaltlich ist das „**Grundgesetz**“ eine komplette, vollgültige Verfassung! Sie wird nicht unverändert bleiben ...

Walter Menzel und Carlo Schmid gelten als die beiden führenden „Verfassungsschreiber“ im Parlamentarischen Rat. - Rund die Hälfte der Abgeordneten beteiligt sich an der Textfassung des Grundgesetzes: Walter Menzel legt sogar einen eigenen Entwurf zur Diskussion vor.

Titelblatt der Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949.



Walter Menzel (links) und Carlo Schmid (Mitte) während der 2. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates am 18. September 1948.

Parlamentarischer Rat - Zeitungsleute, Lobbyarbeit, Verbindungsbüros ...

Vierte Gewalt

Von mehr als 4.000 Zeitungen in der „Weimarer Republik“ sind immerhin rund 160 Tageszeitungen per Lizenz in allen vier Zonen wieder auf dem Markt: Im Westen herrscht Pressfreiheit, und das merken die Abgeordneten auch: Es wird fleißig über den Parlamentarischen Rat berichtet! Vier deutsche Presseagenturen sind vor Ort. Viele Gespräche finden außerhalb des Parlamentarischen Rates statt, man trifft sich. Manches wird an einer Bar besprochen. Die Alliierten unterhalten Verbindungsbüros, die Länder siedeln sich mit eigenen Häusern in der Umgebung an, ein Büro der Ministerpräsidenten ist in Bonn, Berufs- und Industrieverbände haben Interessen.

Parlamentarischer Rat und Presse: Die Presse ist eigentlich immer da. Sie hat im Parlamentsgebäude einen eigenen Raum mit 20 Telefonzellen. Sie ist präsent im Plenum, im Hauptausschuss und bei Pressekonferenzen der Fraktionen. Man kennt sich; manche Information wird „durchgestochen“. So funktioniert freie Presse im Westen: Die „vierte Gewalt“ ist präsent. Die Abgeordneten sind in der Presse präsent.



Journalisten im Plenarsaal



Im Gang: Improvisierte Pressekonferenz



„Die Neue Zeitung“: Setzer an der Linotype

Nachts in der Druckhalle der „Neuen Zeitung“: Probeabzug des Bleisatzes.



Neueste Nachrichten, die erst spät am Abend per Telefon die Pädagogische Akademie verlassen, haben noch gute Chancen, am nächsten Morgen in der Tagespresse zu erscheinen: Nicht lange nach 00.00 Uhr müssen die Setzer mit dem aktuellsten Artikel fertig sein. Manchmal werden Spalten für Schlagzeilen bis zum letzten Moment freigehalten. Das eingetübte Zusammenspiel zwischen Parlamentarischem Rat, Presse vor Ort, Setzern und Druckern in den Zeitungshäusern funktioniert meistens sehr gut.

Parlamentarischer Rat - Tagespresse, Boulevard, Rundfunk und die Wochenschau

Öffentlichkeit im Rat

Die Tagespresse ist wie ein Seismograph der Ereignisse im Parlamentarischen Rat. Sie wird von den Abgeordneten genau verfolgt. Auch die Boulevard-Presse mit ihren Wochenzeitschriften ist ab und an mit Bildberichten dabei. Die Kino-Wochenschau „Welt im Bild“ berichtet zu besonders wichtigen Terminen wie dem 8. und 12. Mai 1949.

In Radiosendungen werden die Entscheidungen des Parlamentarischen Rates von außen kommentiert oder von Mitgliedern des Rates selbst. Die deutsche Öffentlichkeit kann zwischen September 1948 und Mai 1949 die Arbeit des Rates sehr genau verfolgen.



NWDR-Rundfunk-Interview mit Albert Finck (l.) und Adolf Susterhann (r.).



Im Leseraum mit Mitnahme-Zeitungen für Abgeordnete

Mehr als 40 Tageszeitungen hat der Parlamentarische Rat abonniert: So kann jeder Abgeordnete die Presse-Reaktionen in seinem Land gut verfolgen. Meistens dauert es keine 18 Stunden, bis neueste Nachrichten in der Zeitung erscheinen, und fast immer erscheint der Parlamentarische Rat auf Seite 1.



Abgeordnete Elisabeth Selbert



Abgeordneter Carlo Schmid: Er selbst als Karikatur



Abgeordnete: Morgenlektüre.

Parlamentarischer Rat - In der Presse

Neun Monate Schlagzeilen

Die Tagespresse berichtet konstant über den Parlamentarischen Rat: Die Deutschen in Ost und West können dank einer zweistelligen Millionenauflage der Tageszeitungen täglich die neuesten Entwicklungen verfolgen. Wochen- und Monatsblätter bringen bisweilen Sonderberichte und Bildberichte, allen voran die deutsch-amerikanische Tageszeitung „Die Neue Zeitung“.



1948/49 ist vor allem die Tagespresse das meist verbreitete Informationsmedium. In den drei westdeutschen Besatzungszonen herrscht Pressefreiheit. - Zeitungskioske sind für Millionen Deutsche erste Anlaufstation ihres Arbeitstages.

Keine Verfassung, ein Grundgesetz?

Parlamentarischer Rat in Bonn feierlich eröffnet

Vorbereitende Arbeiten in Bonn

Bonn ohne Mandat des deutschen Volkes

Der Weg zur zweiten Replik

Bonn flaggt schwarz-rot-gold

Geburtsstunde deutscher Verfassung

Deutsche Einheit im geeinten Europa

„Endlich ein Anfang ...“ Hoheitsbefugnisse, nicht Verfassungskulisse Arbeitsbeginn in Bonn Hoheitsrechte beim Volk, nicht bei den Ländern

Zeitungsschlagzeilen zum Beginn der Arbeit des Parlamentarischen Rates, Anfang September 1948.



Die Arbeit von Bonn

Seit vier Monaten arbeitet in Bonn der Parlamentarische Rat an der Verfassung für die drei westdeutschen Besatzungszonen Deutschlands. Seitdem können und sollen die Deutschen wieder eine Verfassung haben, die die Einheit Deutschlands wiederherstellt. In der Verfassung wird die Einheit Deutschlands wiederhergestellt. In der Verfassung wird die Einheit Deutschlands wiederhergestellt. In der Verfassung wird die Einheit Deutschlands wiederhergestellt.



Bonn: Parlamentarier in guter Stimmung
Vom Reichstag zur Pädagogischen Akademie - Gespräche mit deutschen Politikern - Gegensätze zwischen den Parteien und freundschaftliches Verhandeln / Von Jan Molitor

Wann werden wir endlich eine Verfassung haben? Das ist die Frage, die den Parlamentarier in Bonn am meisten beschäftigt. Und die Antwort darauf ist: Es wird nicht lange dauern. Die Parlamentarier in Bonn sind in guter Stimmung. Sie haben sich auf den Weg gemacht, eine Verfassung für die drei westdeutschen Besatzungszonen Deutschlands zu schreiben. Sie haben sich auf den Weg gemacht, eine Verfassung für die drei westdeutschen Besatzungszonen Deutschlands zu schreiben. Sie haben sich auf den Weg gemacht, eine Verfassung für die drei westdeutschen Besatzungszonen Deutschlands zu schreiben.



Parlamentarischer Rat - Aus der Boulevard-Presse

Bildbericht in „Heute“ am 5. September 1948 - Bildbericht in der „Frankfurter Rundschau“, Beilage vom 30. April 1949.



Im Alexander-Kloster-Bonn wurde die Bonner Tagung am 1. September von dem Ministerpräsidenten des gescheiterten Landes, Karl Arnold, eröffnet.

PARLAMENT IN BONN

Westdeutschland arbeitet an einer Verfassung



Berliner Gäste im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zwei-Zonen-Versammlungsausschusses, Dr. Hermann Röver, Professor Ernst Reuter, der gewählte Oberbürgermeister (links), und Staatsratsvorsitzender Dr. Otto Suhr (Mitte).



In der pädagogischen Akademie — auf der Fahne Nordrhein-Westfalens — wurden die Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates abgehalten.

Der Parlamentarische Rat, der am 1. September in Bonn zusammengetreten ist, soll eine Verfassung für die elf Länder der westlichen Besatzungszone ausarbeiten; er wird — nach den Worten seines Präsidenten Dr. Konrad Adenauer — die Grundlagen dafür schaffen, daß Deutschland wieder eine aktive Rolle in der Welt spielen kann. Der Rat besteht aus 65 Abgeordneten, die von den Ländern bestimmt wurden und, dazu kommen die Vertreter Berlin, die aber nur beratende Eigenschaften haben. Die endgültige Entscheidung über den Verfassungsentwurf ist einer Volksabstimmung vorbehalten.



Die Ministerpräsidenten Dr. Ehard, Bayern, und Stöck, Hessen, mit dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Dr. Adenauer (rechts), der zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt wurde.



In gleicher Richtung... weisen Schilder an der Autobahnausfahrt zu den Quartieren der CDU und SPD.



Mit 62 gegen 2 Stimmen — und lauten Protestrufen wurde der von Max Reimann in der ersten Sitzung eingebrachte Antrag, den Parlamentarischen Rat aufzulösen, abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die beiden kommunistischen Delegierten, Max Reimann und — hinter ihm — Hugo Paul.



Bei der Eröffnungssitzung, V. l. n. r.: Sir William Steel und Botschafter R. D. Murphy, die politischen Berater der Generale Robertson und Clay; General Bishop, Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen; der baltische General Posen; Botschafter der St. Hansa; politischer Berater General Koenig.



Nachdem seine Parteipolitik und Regierung in Bonn eingestrichen wurden, stellt Friedrich L. H. die wirtschaftliche Basis und kann sich viel besser verstehen. Er ist der Landesminister von Nordrhein-Westfalen, seinem Bericht.



Ein sehr interessantes Bild in der Szene des Parlamentarischen Rates ist das Gebilde der Philosophen Akademie.

Was wird mit Bonn?

Beachten Sie unseren Sonderbericht auf S. 4, 6, 5!



„Der letzte Wahlkampf!“ Wir werden die Wahl in Bonn gewinnen! — so riefen die Mitglieder der Landesregierung der Freie Presse.



Der Minister und sein Programm, werden umgeben von seinen Mitarbeitern, dem Vertreter der Freie Presse.



BONN-5 Minuten vor Zwölf

Ein Sonderbericht für die „Aktuelle Bildbeilage“ von Fritz Christian



Sitzung des Ausschusses für den Parlamentarischen Rat.

Bonn — Das ist kein geographischer Begriff mehr, sondern ein Vorgang von europäischer Dimension. Seit dem Moment, als hat die westliche Welt sich an Bonn als Hauptstadt und Bundesstadt geeinigt, hat sich ein neues Leben in der Stadt entfaltet. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung.



Es gab es eine Bewegung: der Art, die sich in der Stadt entfaltet. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung.

... Als die Vize und sein Mitarbeiter mit einem Koffer, der Präsident Adenauer im letzten Moment besuchte, war die Tür wieder geschlossen. Man bricht wieder.



Vorstellungsgänge der parlamentarischen Bewegung werden in der Presse durch die Abgeordneten selbst im Zusammenhang mit der Arbeit der Ausschüsse für den Parlamentarischen Rat.



Die Ausschüsse des Parlamentarischen Rates, die sich in der Stadt entfaltet. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung.



Dr. Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates, während einer Sitzung des Ausschusses für den Parlamentarischen Rat.



Am nächsten Tage wird Bonn die Tagung des Parlamentarischen Rates. Die Stadt ist heute ein Zentrum der politischen und kulturellen Bewegung.



Die letzten der Sitzung von Dr. Adenauer, der zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt wurde.



Der amerikanische Botschafter von John Edgar, dem ebenfalls deutschen Vertreter Max Reimann.

25. April 1949

Durchbruch in Frankfurt

IG-Farben-Haus Frankfurt, Büro des amerikanischen Militär-Gouverneurs General Lucius D. Clay: Noch einmal ein Treffen einer hochrangigen Abordnung des Parlamentarischen Rates (Konrad Adenauer, Carlo Schmid, Theodor Heuss, Anton Pfeiffer, Helene Wessel u.a.) mit den drei west-alliierten Militär-Gouverneuren Generale Lucius D. Clay, Brian Robertson und Pierre Koenig. Es ist nötig: Trotz einer Konferenz der Ministerpräsidenten am 24. März im „Haus der Länder“ in Königstein stocken die Gespräche zwischen Parlamentarischen Rat und den Militärregierungen. Heute also: Regelung der alliierten Einwände zum Grundgesetz.

Differenzen: Bundesgesetzgebung, Verfassungsgerichtshof, Finanzausgleich Bund-Länder, Wahlgesetz, Einbeziehung West-Berlins in die spätere Bundesrepublik. Große Themen!

Sitzungsdauer: 6 Stunden. Danach:

Der Weg ist frei für die Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat!

Konrad Adenauer: Pressegespräch vor dem 25. April in Bonn.



Haus der Länder Königstein.



25. April 1949, Frankfurt: Adenauer und Clay (r.)



IG-Farben-Haus Frankfurt, um 1949.

März 1949: Es hakt vor allem zwischen CDU/CSU und SPD im Parlamentarischen Rat und zwischen den alliierten Militärregierungen und dem Parlamentarischen Rat. Ein einziges Mal schickt der Parlamentarische Rat eine Abordnung zu einer Ministerpräsidenten-Konferenz: Am 24. März nach Königstein im Taunus. Demonstrativ und öffentlich unterstützen die Ministerpräsidenten die Arbeit des Rates. Reicht das? Es reicht nicht. Erst vier Wochen später kommt der Durchbruch in Frankfurt ...



Frankfurt: Schwierige Verhandlungen
Die Alliierten wollen heute noch zu einem Ergebnis gelangen
Eigener Bericht
Im Frankfurt, 25. April | Dem Memorandum der Alliierten Kommande steht es ...



Verfassung bis zum 15. Mai
Bundesregierung zwei Monate später - Adenauer: „Der Weg ist frei“
Frankfurt, 25. April | Der Parlamentarische Rat und die drei west-alliierten Militärregierungen ...



Bundesrepublik Deutschland
Einigung über Verfassung - Sonderstatut für Berlin - Konkordat gestrichen
Frankfurt (Privatnachricht). Die drei westlichen Militärregierungen, Clay, Robertson und Koenig, empfangen gestern in Frankfurt eine achtköpfige Delegation des Parlamentarischen Rates ...



Einigung in letzter Stunde
Kompromiß zwischen SPD und CDU/CSU für entscheidende Gouverneurs-Konferenz
Von unserem Sonderberichterstatter Heinz Medding
Bonn. — Die allgemeinen Erwartungen, daß die in den letzten Tagen ...

8. Mai 1949

Das Grundgesetz wird beschlossen

10. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates am 8. Mai 1949, Antrag der kommunistischen Abgeordneten: Kontaktaufnahme mit dem Präsidenten des ostdeutschen „Deutschen Volksrates“. Mit überwältigender Mehrheit per Handzeichen abgelehnt. Danach: Abstimmung über das Grundgesetz. Jeder Abgeordnete steht einzeln auf und ruft laut und vernehmlich „ja“ oder „Nein“. - Davon gibt es kein Bild.

Die Sitzung des 10. Plenums des Parlamentarischen Rates dauert - mit heftigen Debatten - von 15.15 Uhr bis 00.38 Uhr!



10. Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. Mai 1949: Abstimmung gegen die Kontaktaufnahme mit dem „Deutschen Volksrat“ in Ost-Berlin.



Die Einigung zwischen den **Militär-Gouverneuren** und dem Parlamentarischen Rat vom 25. April beschleunigt: „Interfraktionelle Sitzungen“ - Es wird weiter an letzten Änderungen des Grundgesetzes gearbeitet, schon ewig Strittiges wird geklärt. Am 6. Mai dann die 9. Sitzung des Plenums: Und noch einmal Veränderungen. Eile ist geboten: Demnächst treffen sich die Außenminister der drei West-Alliierten: Schieben **sie** den

16 Tage im Mai

„West-Staat“ doch noch auf? Adenauer will unbedingt am 8. Mai 1949 die Verabschiedung erreichen: 4. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. - Dieses Datum soll der deutschen Demokratie gehören! Außerdem: General Lucius D. Clay verlässt am 12. Mai sein Amt. Wer weiß, wer danach kommt: Er und seine Kollegen sollen das Grundgesetz bis dahin aber genehmigt haben.

Fast neun Stunden! Die 10. Sitzung des Plenums am 8. Mai 1949 dauert lange:
Um 23.55 Uhr wird das Grundgesetz beschlossen. - 53 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen.

Konrad Adenauer erhält nach dem 8. Mai 1949 das Grundgesetz als Drucksache des Parlamentarischen Rates; alle anderen Abgeordneten auch.

Die Öffentlichkeit wird zwischen dem 10. und 14. Mai 1949 informiert: In vielen Tageszeitungen erscheint der gesamte Text des neuen Grundgesetzes.





16 Tage im Mai

8. Mai 1949 Die Verabschiedung des Grundgesetzes

10. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates. - Fast alle sind da, nur die zwei Berliner Reuter und Suhr fehlen. - Eine einfache Tagesordnung. - Nur zwei Anträge!

Doch die Spannung im Saal ist fast unerträglich: Die Pressereihen an der Glasfront: voll besetzt, große Filmlampen rund um's Präsidium. Redner und Stenographen werden im Scheinwerferlicht arbeiten müssen. - Der NWDR Hörfunk ist da, die Pulte sind verkabelt. - Die Wochenschau ist da: Kameralleute.

15 Uhr 16 Minuten: Der Präsident eröffnet.
Antrag 1 der Kommunistischen Partei: *Sofortige Aufnahme der Verbindung mit dem Präsidium des Deutschen Volksrats.*

Abgeordnete Renner, Kaiser, Schmid, Reif. - Schlagabtausch.

Abstimmung. Präsident Adenauer: „Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.“

Antrag 2: *Entwurf eines Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Fassung der zweiten Lesung.*

Präsident Adenauer eröffnet dazu die *Dritte Lesung, Allgemeine Aussprache:*

Schnappschuss: Theodor Heuss spricht. - Sein Thema: Föderalismus und Bayern.

Noch 16 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

1948  1949

16 Tage im Mai

8. Mai 1949 Die Verabschiedung des Grundgesetzes

..... Abgeordnete Lehr, Menzel, Heuss, Wessel, Seehofer, Reimann, Adenauer
Bis zur Erschöpfung. Die ist um 19.29 Uhr erreicht. - 70 Minuten Pause.
Weiter: Abgeordnete Finck, Weber, Brockmann, Renner, Nadig, Wessel, Lehr, Bergsträsser.
Änderungswünsche aus dem Plenum. - Diskussion: Aber was für eine! ... Abgeordnete Finck, Weber, Renner, Brockmann, Kaufmann, Lehr, Schmid, Brentano, Stock.
Letzter Disput: Die Ablehnung des Grundgesetzes durch die Abgeordneten der CSU.
Adenauer drängt: Es geht auf Mitternacht zu.
Schlussabstimmung: Stimmabgabe namentlich, jeder steht einzeln auf: 53mal „Ja“, 12mal „Nein“.
Präsident Adenauer: „Meine Damen und Herren! Das Grundgesetz ist mit 53 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen angenommen worden.“
Es ist 23.55 Uhr, der 8. Mai 1949.
Weiter: Abgeordnete Heile, Wessel, Löbe und Kaiser.
Präsident Adenauer hat das Schlusswort:
„Meine Damen und Herren! Wir wünschen, daß Gott dieses Volk und dieses Werk segnen möge, zum Segen Europas und zum Segen des Friedens auf der Welt! Ich schließe die Sitzung.“
Es ist 00.38 Uhr. Der 9. Mai 1949.

8. Mai 1949, Plenum des Parlamentarischen Rates:
Zwei von drei Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen.

Noch 16 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

12. Mai 1949

Die Genehmigungen des Grundgesetzes

Es geht schnell, denn nach dem 12. Mai 1949 ist General Lucius D. Clay zurückberufen in die USA. Mit ihm möchte Adenauer die Sache abschließen. Eine Delegation des Parlamentarischen Rates trifft sich also mit allen drei Militär-Gouverneuren, wieder in Frankfurt; dann von deutscher Seite: Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Carlo Schmid, Wilhelm Kaisen ...

General Robertson liest das Genehmigungsschreiben für das Grundgesetz an den Parlamentarischen Rat vor.

Für die Alliierten und die Deutschen ist dieser Tag ein Meilenstein der westdeutschen Demokratie! Adenauer: „Nach 16 Jahren sind wir endlich in der Lage, ... politische und Regierungsangelegenheiten ... nach demokratischen Grundsätzen zu regeln.“

Spät am Abend: Die Ministerpräsidenten wenden sich mit Dankesworten an General Lucius D. Clay. Es ist sein letzter Arbeitstag in Deutschland. Schon um 00.00 Uhr am 12. Mai geschehen: Die Berlin-Blockade ist aufgehoben, die Schlagbäume sind wieder offen. - Was für ein Tag für Westdeutschland!

Noch 12 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

16 Tage im Mai



Kurz vor der Unterzeichnung: Die drei Militär-Gouverneure.



Kurz vor der Ansprache: Die drei Militär-Gouverneure.



Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay unterschreibt.

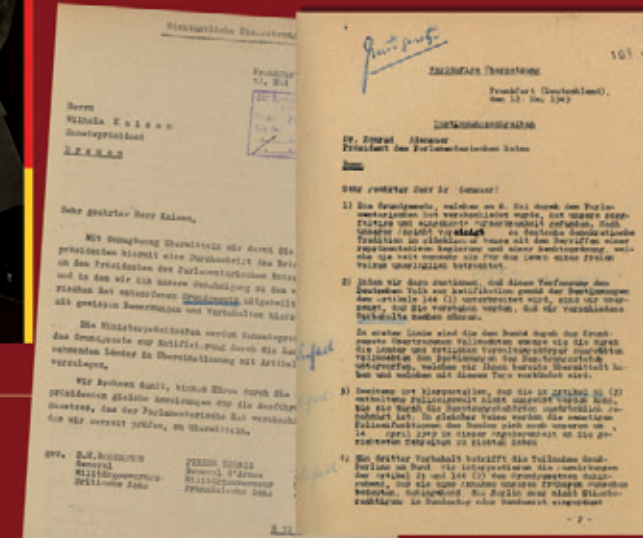


Der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer und Ministerpräsident Karl Arnold nach der Unterzeichnung der Genehmigung.



Nach der Unterzeichnung: Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay reicht dem Ersten Bürgermeister Hamburgs Max Brauer eine Zigarette.

Bedeutsame Bürokratie: Maschinenschriftliche Durchschläge sind die häufigsten Papierzeugen in den historischen Archiven. Unsere Verfassungsgeschichte besteht meistens aus optisch schlichten Akten und Korrespondenzen: Das Genehmigungsschreiben der drei alliierten Militär-Gouverneure richtet sich an die Regierungschefs der 11 westdeutschen Länder und an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates.



1948 1949

18. - 21. Mai 1949 - Länderparlamente gefragt

Elf Abstimmungen

Es soll schnell gehen. Der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer schreibt an die Präsidenten der elf westdeutschen Landtage:

Zustimmung zum gerade vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Grundgesetz!

Alle frei gewählten Abgeordneten in elf Landtagen sollen entscheiden. Jedes deutsche Land für sich. Nicht die Bürger West-Deutschlands! So hat man sich mit den alliierten Militärregierungen geeinigt, nach langen verbissenen Debatten: Die Angst, das westdeutsche Volk könnte ablehnen, immer noch dem Nationalsozialismus zugehen und der Idee eines neuen gesamtdeutschen Reiches, sitzt vielen im Nacken.

Ist das demokratisch?
Nein, sagen die Einen. - Ja, sagen die Anderen. Denn: Das (west-)deutsche Volk wird abstimmen können, wenn es den ersten Deutschen Bundestag wählen wird. Bald. - Dort können auch die gewählt werden, die den neuen Staat gar nicht haben wollen. Man wird sehen ...

Jetzt aber sind die Landtage gefragt!

Zehn Landtage stimmen zu. - Der Bayerische Landtag lehnt am 20. Mai 1949 ab, mit deutlicher Mehrheit! Ihm geht das neue Grundgesetz nicht weit genug! Man hätte es gerne föderalistischer gehabt: Zu viele Bundeskompetenzen, zu wenig Landesbefugnisse.

Wer hätte das gedacht? - Eigentlich alle: Man wusste, wie die Bayern reagieren würden. Doch sie stimmen zu, sich der Mehrheit der westdeutschen Länder anzuschließen. So ist es seit 13 Tagen im Grundgesetz geregelt.

18. Mai 1949. Es stimmen zu:

Landtag Baden, Bürgerschaft des Landes Hamburg, Landtag Rheinland-Pfalz, Landtag Württemberg-Baden.

20. Mai 1949. Es stimmen zu:

Landtag Hessen, Landtag Niedersachsen, Landtag Nordrhein-Westfalen, Landtag Schleswig-Holstein, Bürgerschaft des Landes Bremen.

20. Mai 1949. Es lehnt ab:

Landtag Bayern.

21. Mai 1949. Es stimmt zu:

Landtag Württemberg-Hohenzollern.

Jetzt kann das Grundgesetz verkündet werden.

Noch sechs Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...



Vorlage und Telegramm des Bayerischen Landtages.

16 Tage im Mai



Die Abstimmungen zum Grundgesetz in den Ländern müssen schnell erfolgen: Am 23. Mai will man sich in Bonn treffen, zur Verkündung des Grundgesetzes. Die Mitarbeiter in den Fernschreiberzentralen und Büros im Parlamentarischen Rat, in den Landtagen und im Büro der Ministerpräsidenten haben alle Hände voll zu tun. Per Telegramm werden die Abstimmungen gesendet.



Fernschreiberzentrale des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie.

Allgemeine Zeitung Neuer Mainzer Anzeiger

Donnerstag, 19. Mai 1949

Rheinland-Pfalz billigt das Grundgesetz

Gegen die Stimmen der Kommunisten
Dankschreiben unserer Korrespondenten

16. Köln. 18. Mai. Zu Beginn der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend wurde das neue Grundgesetz einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

Das neue Grundgesetz wurde in der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend einstimmig angenommen. Die Kommunisten lehnten es ab. Die Stimmen der Kommunisten waren 11 gegen 31.

23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes

16 Tage im Mai

Von allen unterschrieben

Die 12. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates ist wie immer öffentlich. Die Sitzung beginnt um 16.07 Uhr. Der einzige Tagesordnungspunkt lautet:

**Feststellung der Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland
Ausfertigung und Verkündung**

Der Plenarsaal ist übertoll: Abgeordnete, Repräsentanten der Länder und der Alliierten, Presse, Rundfunk, Publikum, selbst draußen vor der großen Glasfront. Die Urschrift, ein gedrucktes Exemplar des Grundgesetzes, liegt auf einem Tisch vor dem Präsidium: Dort unterschreiben alle Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten der 11 westdeutschen Länder und die frei gewählten Repräsentanten von Berlin. Sie schaffen damit das Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend verkündet Konrad Adenauer das Grundgesetz. Die Sitzung endet um 17.03 Uhr.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland tritt am 24. Mai 1949 um 00.00 Uhr in Kraft.



Die Ministerpräsidenten der Länder hören die Verkündung des Grundgesetzes.



Christian Stock unterschreibt.



Konrad Adenauer unterschreibt.



Elisabeth Selbert unterschreibt.



23. Mai 1949: Bonner Publikum strömt zur Feierstunde in der Pädagogischen Akademie jenseits der Bonnerfelder.

23. Mai 1949

Verkündung des Grundgesetzes

Für Bonn ist es ein großer historischer Tag: Die Stadt hat mit 2.000 schwarz-rot-goldenen Fahnen geflaggt. Auf der Pädagogischen Akademie wehen gleich zwei, vor dem Eingang wiegen sich die elf Fahnen der Länder West-Deutschlands und die Fahne Berlins im Wind. Es ist offiziell der erste Tag, an dem West-Deutschland schwarz-rot-gold flaggt. Selbst vor der großen Glasfront des Plenarsaals schaut Publikum von außen in den Saal, der die Besucher nicht alle fassen kann.

Während man drinnen auf den Beginn der Veranstaltung wartet und auf die letzten säumigen Gäste, die Repräsentanten der westalliierten Militärregierungen, dröhnen von der anderen Seite des Gebäudes die Baumaschinen herüber, sieht man Bauleute mit ihren Werkzeugen: Die Arbeit am Bau des neuen Deutschen Bundestages steht wegen des Festakts nicht still!

Die Ministerpräsidenten sind nur auf einen Sprung hier: Sie haben ihre Konferenz in Bad Godesberg um 15.15 Uhr unterbrochen und sind zum Festakt geeilt: Man braucht ja ihre Unterschriften ...
Morgen geht's in Bad Godesberg weiter.



Auf dem Dach der Pädagogischen Akademie: Zwei deutsche Polizisten hissen zum ersten Mal die Flagge der Bundesrepublik Deutschland.



Der Eingang zur Pädagogischen Akademie am 23. Mai 1949: Elf Länderfahnen und die Fahne Berlins wehen vor dem Gebäude.

23. Mai 1949

Verkündung des Grundgesetzes

Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates, kurz vor 16.00 Uhr: Noch sind die Stühle der alliierten Verbindungsoffiziere leer, die Gäste, das Präsidium und die Abgeordneten sitzen bereits. Links neben dem zentralen Tisch sitzen die Ministerpräsidenten der elf deutschen Länder. Auf dem schlichten Tisch die Urschrift des Grundgesetzes, noch nicht unterschrieben. Davor als würdevolle Zierde: Das vergoldete Tintenfass des Kölner Ratssilbers, eine Charge schreibereiter Füllfederhalter. Lampen, Kabel, Kameraleute, Fotografen.

Die Urschrift des Grundgesetzes: Noch nicht unterschrieben.



16.00 Uhr: Warten auf die letzten Gäste ...

16 Tage im Mai

Um 16.07 Uhr steht Präsident Konrad Adenauer auf und spricht in die Mikrophone:

„Der einzige Punkt der Tagesordnung ist: Feststellung der Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Ausfertigung und Verkündung. ... Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes. Heute wird nach der Unterzeichnung und Verkündung ... die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten ...“.

Nur wenige Minuten später werden alle Abgeordneten zur Unterschrift nach vorne gebeten.



Präsident Konrad Adenauer spricht.

23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes

Der Präsident des Parlamentarischen Rates unterschreibt die Urschrift des Grundgesetzes dreimal:

Für den Parlamentarischen Rat bestätigt er die Annahme des Grundgesetzes am 8. Mai 1949, zusammen mit seinen Stellvertretern Adolph Schönfelder und Hermann Schäfer. Er bestätigt mit seiner Unterschrift die Ausfertigung des Grundgesetzes.

Er bestätigt mit seiner Unterschrift die Verkündung des Grundgesetzes.

Zunächst unterschreiben alle Abgeordneten, dann die Abgeordneten von Groß-Berlin, dann die Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten der elf westdeutschen Länder, der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin.

Der Abgeordnete und Alterspräsident des Parlamentarischen Rates Paul Löbe wendet sich an die Versammlung, anschließend Präsident Konrad Adenauer:

„Meine Damen und Herren! Gemäß Artikel 145 verkünde ich im Namen und im Auftrage des Parlamentarischen Rates unter Mitwirkung der Abgeordneten von Groß-Berlin das Grundgesetz. Es tritt mit Ablauf des heutigen Tages in Kraft.“

17.03 Uhr: Konrad Adenauer schließt die Sitzung. Der NWDR hat live im Radio gesendet!

16 Tage im Mai



Konrad Adenauer unterschreibt

Blitzlicht-Fotografen, Filmkameras des NWDR, große Scheinwerfer. - Nicht alle Unterschriften aller Abgeordneten erhalten diese Aufmerksamkeit: Konrad Adenauer unterschreibt. Vor ihm liegen etliche Füllfederhalter. Zur Sicherheit. Es folgen noch viele Dutzend Unterschriften. Dennoch: Bedeutungsvoll taucht er seinen Füllfederhalter in das vergoldete Tintenfass vor sich. Show: Es ist leer. Dann unterschreibt er. Hinter dem Bühnenvorhang des Plenarsaals wird leise eine Orgel gespielt. Klassische Musik. Das Unterschreiben dauert ... Gegen 16.50 Uhr ist die Urschrift fertig unterschrieben.



Die Urschrift.

Auf Grund dieser Tatsachen hat der Parlamentarische Rat gemäß Artikel 145 des Grundgesetzes in der heutigen öffentlichen Sitzung unter Mitwirkung der Abgeordneten Groß-Berlins fest gestellt, daß das Grundgesetz angenommen worden ist.

In Vollzug des Artikels 145 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fertigt der Parlamentarische Rat hiermit das Grundgesetz aus.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneundvierzig

DER PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adenauer

Darauf hat der Präsident des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz in der heutigen öffentlichen Sitzung verkündet. Er bezeugt dies hiermit durch seine eigenhändige Unterschrift.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneundvierzig

DER PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adenauer

Handgeschriebene Seite in der Urschrift.



23. Mai 1949

Verkündung des Grundgesetzes

Jedem aktiven Teilnehmer und jedem Gast ist bewusst, welche Bedeutung diese Verkündung hat.

Ein offizielles Programm für „die Stunden danach“ gibt es nicht: Es wird geplaudert, verabschiedet, verabredet: Die Ministerpräsidenten treffen sich auf einen Kaffee am Rhein im Biergarten.

„Zum letzten Male standen die Abgeordneten Montag in den Fluren zusammen. Die Pariser Außenministerkonferenz und die Vorbereitungen für die künftige Bundesregierung waren die Hauptgesprächsthemen, aber auch die Frage, ob Bonn nun endgültig Hauptstadt sein soll oder vielleicht doch Frankfurt, tauchte zuweilen auf. Dr. Schäfer meinte, die Frage sollte nun endlich begraben sein. Prof. Carlo Schmid nickte dabei zustimmend“ (Die Welt, 24.5.1949). Die Presse wird berichten. Auch dass es noch keinen Termin für die Bundestagswahl gibt, weil das Wahlgesetz bisher nicht vorliegt.

Das offizielle Dankestreffen ist erst für den 24. Mai geplant, für den „Tag danach“.



16 Tage im Mai



Am Abend bleibt nur der Hall von der Baustelle des zukünftigen Bundestages ...



Grundgesetz: Urschrift

Das Staatssymbol vom 23. Mai 1949

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz von den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, der Repräsentanten der elf westdeutschen Länder und von Groß-Berlin unterzeichnet.

Welches Grundgesetz? Etwa eine einfache Drucksache des Parlamentarischen Rates?

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, hat ein besonderes Exemplar vorbereitet:

37 Blätter, bedruckt und handbeschrieben, vergoldete Initialen, schwarze und rote Schrift, gebunden in Pergament mit goldenem Titeldruck, 1.396 Gramm schwer, 34,8 x 24 cm groß. - Ein „Staatsdokument“. Vier Seiten Platz für 65 Unterschriften. Das muss am 23. Mai ohne Probe klappen! - Und es klappt.

„Dem Deutschen Volk“ bleibt sie weitgehend unbekannt, diese „**Urschrift**“.

Sie liegt bis heute im Deutschen Bundestag.

Faksimiles wurden bisher allein an Gäste und Amtsträger des Staates ausgegeben.

Der Bundestag ist ihr Eigentümer.

So sieht es aus, unser **Staatsgründungsdokument**:



Präsident Konrad Adenauer unterschreibt.



Die Urschrift am 23. Mai 1949 gegen 16.00 Uhr. Noch nicht unterschrieben.



Die Urschrift: Unterschriften der Präsidenten.



Die Abgeordnete Helene Wessel unterschreibt.



Die Abgeordnete Elisabeth Selbert unterschreibt.

Die bibliophile Ästhetik der „Urschrift“ des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist nicht in das allgemeine Bewusstsein der Deutschen gedrungen. Das Grundgesetz ist fast allen Menschen nur als Text in einfacher Buch- oder Broschürenform bekannt oder als virtueller Text im Internet.

Der Parlamentarische Rat hat größten Wert auf die Schaffung der Urschrift gelegt. Sie ist wie die deutsche Bundesflagge, die Nationalhymne und das Bundeswappen ein Staatssymbol der Bundesrepublik Deutschland.



Präsident Christian Stock unterschreibt.



Der Historiker Michael F. Feldkamp mit der Urschrift, 2019.

Konrad Adenauer

Helene Wessel

Christian Stock



Grundgesetz: Urschrift

Vor den Artikeln ...

... Titel, Präambel und Inhaltsverzeichnis.

Um die Präambel wurde seit dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, seit August 1948, hart gerungen.

Erst am 6. Mai 1949 in der 9. Sitzung des Plenums wurde die endgültige Formulierung akzeptiert.

Das Grundgesetz ...

... folgt in zehn Kapiteln mit 146 Artikeln, aufgeteilt in:

- I. DIE GRUNDRECHTE
- II. DER BUND UND DIE LÄNDER
- III. DER BUNDESTAG
- IV. DER BUNDESRAT
- V. DER BUNDESPRÄSIDENT
- VI. DIE BUNDESREGIERUNG
- VII. DIE GESETZGEBUNG DER LÄNDER
- VIII. DIE AUSFÜHRUNG
DER BUNDESGESETZE
UND DIE BUNDESVERWALTUNG
- IX. DIE RECHTSPRECHUNG
- X. DAS FINANZWESEN
- XI. ÜBERGANGS-
UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

BESCHLOSSEN
VOM PARLAMENTARISCHEN RAT IN BONN
AM 8. MAI 1949

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen bewegt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern

BADEN · BAYERN · BREMEN
HAMBURG · HESSEN
NIEDERSACHSEN
NORDRHEIN-WESTFALEN
RHEINLAND-PFALZ
SCHLESWIG-HOLSTEIN
WÜRTTEMBERG-BADEN und
WÜRTTEMBERG-HOHNZOLLERN

um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

GLIEDERUNG DES GRUNDGESETZES FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PRÄAMBEL	
I. DIE GRUNDRECHTE	7
Artikel 1 – 19	
II. DER BUND UND DIE LÄNDER	11
Artikel 20 – 37	
III. DER BUNDESTAG	17
Artikel 38 – 46	
IV. DER BUNDESRAT	21
Artikel 49 – 51	
V. DER BUNDESPRÄSIDENT	23
Artikel 52 – 55	
VI. DIE BUNDESREGIERUNG	24
Artikel 56 – 65	
VII. DIE GESETZGEBUNG DES BUNDES	26
Artikel 67 – 80	
VIII. DIE AUSFÜHRUNG DER BUNDESGESETZE UND DIE BUNDESVERWALTUNG	30
Artikel 81 – 91	
IX. DIE RECHTSPRECHUNG	36
Artikel 92 – 106	
X. DAS FINANZWESEN	41
Artikel 107 – 115	
XI. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN	42
Artikel 116 – 146	

Grundgesetz: Urschrift

I. DIE GRUNDRECHTE

Artikel 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen und zu fördern ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte finden ihren Grund und Bestimmung in der menschlichen Würde.

Artikel 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

7

II. DER BUND UND DIE LÄNDER

Artikel 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstammungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Artikel 21

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (3) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 22

Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.

Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

12

VI. DIE BUNDESREGIERUNG

Artikel 62

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.

Artikel 63

- (1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag ohne Aussprache gewählt.
- (2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Das Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.

(3) Wird der Vorschlag nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgang mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.

(4) Kann eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt. In dem gewählten ist, aus der ersten Stimmenzahl, die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages zu ersehen. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt.

Artikel 64

- (1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.
- (2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtseinführung vor dem Bundestag den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Artikel 65

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung.

25

VIII. DIE AUSFÜHRUNG DER BUNDESGESETZE UND DIE BUNDESVERWALTUNG

Artikel 83

Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten aus, in deren Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder enthält.

Artikel 84

Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten aus, so ist die Ausführung der Befehle und das Vorgehen der Bundesorgane, soweit solche Bundesorgane mit Zustimmung der Bundesräte zu ernennen sind, zu bestimmen.

Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates die Verwaltungswesen übertragen.

Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder Gesetze dem geltenden Recht gemäß ausführen. Die Bundesregierung kann in diesem Zweck Befugnisse an den obersten Landesbehörden, mit deren Zustimmung und, falls eine Zustimmung erforderlich ist, mit Zustimmung des Bundesrates auch an den nachgeordneten Behörden übertragen.

Der Bundestag, der die Bundesregierung bei der Ausführung der Gesetze in den Ländern freigelegt hat, nicht befreit, so ist die Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern der Bundesregierung, auf die Rechte übertragen hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates über Verfassungsbeschwerden eingereicht werden.

Die Bundesregierung kann durch Bundesräte, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, zur Ausführung von Bundesgesetzen beauftragt werden. Für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen, wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, die obersten Landesbehörden zu richten.

35

XI. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 116

- (1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volksangehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.
- (2) Flüchtlinge deutscher Staatsangehörigkeit, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht eingebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen eingetragenen Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Artikel 117

- (1) Das dem Artikel 5 Absatz 2 entzogene Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1955.
- (2) Gesetze, die das Recht der Freizügigkeit mit Rücksicht auf die gegenwärtige Raumsituation einschließen, bleiben bis zu ihrer Aufhebung durch Bundesgesetz in Kraft.

Artikel 118

Die Neugliederung in den die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann übereinstimmend von den Verfassungen des Artikels 23 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.

45



Grundgesetz: Urschrift

Was nach den Artikeln kommt ...

Es ist vor allem Konrad Adenauer ein Anliegen, in der Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 darauf hinzuweisen, dass das Grundgesetz am 8. Mai 1949, also dem 4. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, vom Parlamentarischen Rat verabschiedet

worden ist. - Sein Wunsch, dass der 8. Mai 1949 als „der“ Tag des Grundgesetzes in die deutsche Geschichte eingeht, ist nicht in Erfüllung gegangen. - Erst Bundespräsident Richard von Weizsäcker weist am 8. Mai 1985 wieder darauf hin.



Die Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, aufgeschlagen im Deutschen Bundestag. Das große „D“ ist mit Gold handgeprägt.

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig mit dreihundfünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig.

Konrad Adenauer

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adolf Schäfer

VICEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Karl Lenz

VICEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Heinrich Hees
Friedrich
Dr. L. Brüning
Friedrich
Adolf
Dr. Heinrich
Johann
Dr. Paul
Karl
Friedrich
Friedrich
Adolf
Dr. Albert
Andreas
Rudolf
Hilf
Hilf



Grundgesetz: Urschrift

Handgeschrieben

Carl v. Mangel
 Jakob Neugebauer
 Hilbert Mühlens
 Friedrich Kötter
 Emil Merten
 Dr. Anton Pfeiffer
 Hermann Rönne
 Robert Rönne
 Karl Schmitt
 Carl Schmitt
 Carl Schmitt
 Dr. Hans-Christoph Seebold
 Dr. Nikolaus Kasper
 Adolf Pöhl
 Dr. Friedrich Müller
 Gumbert

Walter Haack
 F. W. Wagner
 Helene Weber
 Hans Wehr
 Friedrich Wenz
 Hans Wenz
 Hans Wenz
 Hans Wenz

Die Abgeordneten von Groß-Berlin:

Jakob Kasper
 Ernst Reuter
 Paul Loh
 Oskar
 Hans Rief

Auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1948 ist das Grundgesetz den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen vorgelegt und von diesen am 12. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneundvierzig zur Ratifizierung durch die Landtage genehmigt worden.

Der Landtag des Landes Baden hat mit Beschluß vom 18. Mai 1949 das Grundgesetz angenommen.
 Der Landtag des Landes Bayern hat mit Beschluß vom 20. Mai 1949 das Grundgesetz abgelehnt.
 Die Bürgerschaft des Landes Bremen hat mit Beschluß vom 20. Mai 1949
 die Bürgerschaft des Landes Hamburg mit Beschluß vom 18. Mai 1949
 der Landtag des Landes Hessen mit Beschluß vom 20. Mai 1949
 der Landtag des Landes Niedersachsen mit Beschluß vom 20. Mai 1949
 der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen mit Beschluß vom 20. Mai 1949
 der Landtag des Landes Rheinland-Pfalz mit Beschluß vom 18. Mai 1949
 der Landtag des Landes Schleswig-Holstein mit Beschluß vom 20. Mai 1949
 der Landtag des Landes Württemberg-Baden mit Beschluß vom 18. Mai 1949
 der Landtag des Landes Württemberg-Hohen-zollern mit Beschluß vom 21. Mai 1949
 das Grundgesetz angenommen.

Auf Grund dieser Tatsachen hat der Parlamentarische Rat gemäß Artikel 145 des Grundgesetzes in der heutigen öffentlichen Sitzung unter Mitwirkung der Abgeordneten Groß-Berlins festgestellt, daß das Grundgesetz angenommen worden ist.

In Vollzug des Artikels 145 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fertigt der Parlamentarische Rat hiermit das Grundgesetz aus.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
 Eintausendneuhundertneundvierzig

DER PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Darauf hat der Präsident des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz in der heutigen öffentlichen Sitzung verkündet. Er bezeugt dies hiermit durch seine eigenhändige Unterschrift.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
 Eintausendneuhundertneundvierzig

DER PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Diese in Handschrift
 gestalteten Seiten
 fassen die gesamte
 Entstehungsgeschichte
 des Grundgesetzes
 zusammen:
 Der Text bezieht sich
 explizit auf den Tag
 des 23. Mai 1949
 und wird am 23. Mai
 1949 von Konrad
 Adenauer laut vor-
 gelesen, bevor er
 unterschreibt.
 In allen späteren Aus-
 gaben des Grundge-
 setzes erscheinen die-
 se Seiten nicht.



Grundgesetz: Urschrift

Die Länder der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland

Der Präsident des Parlamentarischen Rates gab bekannt, daß die Veröffentlichung des Grundgesetzes in der heute erscheinenden Nummer 1 des Bundesgesetzblattes erfolgt.

Abschließend hat der Präsident des Parlamentarischen Rates festgestellt, daß mit der Feststellung der Annahme des Grundgesetzes, dessen Ausfertigung und Verkündung, das Grundgesetz für alle Länder der amerikanischen, der britischen und der französischen Zone bindendes Recht geworden ist.

Die Richtigkeit der vorstehenden unkundlichen Feststellungen und der Echtheit der eigenhändigen Unterschrift des Präsidenten des Parlamentarischen Rates bestätigen hierdurch durch ihre eigene Unterschrift.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneunundvierzig

Für das Inkrafttreten des Grundgesetzes ab dem 24. Mai 1949 00.00 Uhr sind die Unterschriften der Ministerpräsidenten und der Parlamentspräsidenten der elf Länder der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Die Repräsentanten von Groß-Berlin unterschreiben zum Schluss:

Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin hat in ihrer 14. außerordentlichen Sitzung am 19. Mai 1949 folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:
Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin bekennt sich zu den Prinzipien und Zielen des vom Parlamentarischen Rat in Bonn am 8. Mai 1949 beschlossenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Dies bezeugen durch ihre eigenhändige Unterschrift

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneunundvierzig

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER VON GROSS-BERLIN

DER OBERBÜRGERMEISTER VON GROSS-BERLIN

Wie sieht das Grundgesetz aus?

1949: Für Abgeordnete

Seit dem „Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee“ erhalten die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1948 bis zum 23. Mai 1949 jeden Entwurf des Grundgesetzes als hektographierte Drucksache: Nüchterne Textausgaben auf schlechtem Papier. Sie dienen als Diskussionsgrundlagen und werden fleißig mit Notizen und Korrekturvorschlägen versehen. Was wird wie geändert?

1949: Für das Volk

Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 drucken Zeitungen das Grundgesetz in voller Länge! Das gab es nie wieder: Millionenfach in Zeitungen. Seitdem sind tausende Broschüren-Ausgaben erschienen.



Bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten des Grundgesetzes erscheinen die ersten Broschüren und Bücher. Vier Mitglieder des Parlamentarischen Rates machen sich die Mühe und kommentieren „ihr Werk“ selbst: Ludwig Bergstraesser, Heinrich von Brentano, Paul Löbe und Carlo Schmid. Seit 1949 sind viele hundert unterschiedlicher Ausgaben erschienen, meistens in Kombination mit Landesverfassungen, zu Beginn noch mit dem Besatzungsstatut, historischen Dokumenten, später auch mit Texten zum Bundesverfassungsgericht u.ä. Seit 75 Jahren erhalten die Schüler zehntausender Schulen das Grundgesetz vor ihrer Volljährigkeit. - Heute ist es in vielen Sprachen auch online verfügbar.





Grundgesetz, Urschrift: Akte in Gebrauch - Akte im Archiv!

Vereidigungen im Deutschen Bundestag



Vereidigung Konrad Adenauers zum Bundeskanzler am 15. September 1949 im Deutschen Bundestag.



Vereidigung Adenauers 1957



Vereidigung Lübkes 1959

Es dauert einige Zeit, bis die Urschrift des Grundgesetzes für Vereidigungszeremonien herangezogen wird: Zum ersten Mal geschieht das im Jahr 1957 bei der erneuten Vereidigung Konrad Adenauers zum Bundeskanzler. Auch Bundespräsident Heinrich Lübke benutzt 1959 die Urschrift.

Die Urschrift des Grundgesetzes verschwindet nach dem 23. Mai 1949 im Büro Konrad Adenauers und taucht im Büro des 1. Deutschen Bundestages wieder auf.

Was passiert mit ihr zwischen 1949 und 2023?

Zunächst nichts.

Doch 1957 hält Konrad Adenauer sie bei seiner dritten Vereidigung zum Bundeskanzler in der Hand und zitiert daraus seinen Eid. Das wird zur Tradition im Deutschen Bundestag. Seit dieser Zeit werden alle Bundespräsidenten und alle Bundeskanzler angesichts der Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vereidigt ... und auch mancher Minister.

Die Urschrift wird zum Staatssymbol!

74 Jahre Gebrauch hinterlassen ihre Spuren. Daher wird die Urschrift durch ein Faksimile ersetzt und 2023 aus dem „aktiven Dienst“ in das Archiv des Deutschen Bundestages übergeben. Erst jetzt ist sie eine historische Archivalie.

74 Jahre lang war sie als Akte in Gebrauch.



Vereidigungen im Deutschen Bundestag zwischen 1982 und 2021 mit der Urschrift des Grundgesetzes: Bei der Vereidigung eines Bundespräsidenten steht neben dem Bundestagspräsidenten auch der Vorsitzende des Bundesrates.



44

5

34

20

3

●

1

1

34

10

„Der Tag danach“

Der 24. Mai 1949 ...

... und die Folgen

Die Geschichte der Entstehung des Grundgesetzes endet am 23. Mai 1949. - Die Geschichte seiner Verwirklichung beginnt am 24. Mai 1949. Sie dauert an, bis heute. Sie ist nicht zu Ende. Das Grundgesetz vom 8. Mai 1949 ist ein Versprechen, dessen vollständige Einlösung bei einigen Artikeln Jahrzehnte dauern wird, z.B. bei der Gleichstellung der Geschlechter. Ob es vollständig gelingen wird, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern. Es gilt für elf westdeutsche Länder, die alle eigene Verfassungen haben, und West-Berlin; sie alle betreiben eigene Gesetzgebung; sie alle folgen den Gesetzen des „Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“.

Am 24. Mai 1949 beginnt die Organisation des Staates, den das Grundgesetz verkündet:

Bundesrepublik Deutschland.

Denn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist in Kraft auch ohne Staat. Den gibt es noch nicht. Er wird geschaffen werden, von den deutschen Ländern. Deren Aufgabe:

Organisation und Durchführung der Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag;

Organisationspläne für die Bundesorgane;

Unterbringung der Bundesorgane in Bonn.

Seit 00.00 Uhr ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Noch 107 Tage bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland ...



Beliebter politischer Treffpunkt in Bonn: Die „Redoute“.

Gemeinsamer Abend in der Bonner „Redoute“ am 24. Mai 1949: Repräsentanten der westdeutschen alliierten Militär-Regierungen, Mitglieder des Parlamentarischen Rates und der elf westdeutschen Landesregierungen.



Die Gültigkeit des Grundgesetzes ist an die Verkündung gebunden, die in den alliierten Gesetzblättern und im neuen Bundesgesetzblatt vorgenommen wird.



„Der Tag danach“

Der 24. Mai 1949 ...

Die Schlagzeilen des 24. Mai 1949 verkünden auch: Die Außenminister der vier alliierten Besatzungsmächte haben sich am 23. Mai in Paris auf eine Tagesordnung ihrer Konferenz geeinigt. Es geht um die Einheit Deutschlands, das Problem Berlin und die Vorbereitung eines Friedensvertrages für Deutschland.

12 Tage nach dem Ende der Berlin-Bockade und am Tag der Verkündung des Grundgesetzes ist dieses sechste Treffen in Paris noch einmal der Versuch, ein neues Gesamtdeutschland zu gestalten! Man wird reden, verhandeln, sich der Presse erklären: Die Gegensätze sind unüberbrückbar. Einziges Ergebnis am 20. Juni: Man ist sich einig, „dass eine Einigung über die Einheit Deutschlands nicht erzielt werden konnte“.

Immerhin: Die drei Außenminister der westlichen Besatzungsmächte unterzeichnen in Paris das Statut der „Alliierten Hohen Kommission“ für West-Deutschland.

Zur gleichen Zeit organisieren in West-Deutschland 11 Ministerpräsidenten bereits die Bundesrepublik Deutschland!

Wer organisiert die Bundesrepublik Deutschland? Der Parlamentarische Rat oder die elf westdeutschen Ministerpräsidenten? Am 24. Mai 1949 treffen sich in Bonn drei Ministerpräsidenten und vier Mitglieder des Parlamentarischen Rates, um das herauszufinden. Das Grundgesetz legt fest: „Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.“ Aber die Organisation der neuen Republik ist mehr als nur die Organisation von Wahlen! Es geht also weiter: 27. Mai, 3. Juni. Auch die Gouverneure reden mit! Der Parlamentarische Rat wird nicht mehr tagen können: „Die Funktionen des Parlamentarischen Rates haben mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ihren Abschluss gefunden, das ist mit dem 23. Mai 1949, Mitternacht (Konrad Adenauer).“ Aber es gibt ihn noch. Kompromiss: Der neue Staat wird von einem „Überleitungsausschuss“ organisiert, der aus Mitgliedern des Parlamentarischen Rates und den westdeutschen Ministerpräsidenten besteht. Der hat Unterausschüsse, versteht sich ..



Paris, 27. Mai 1949 (vlnr.): Robert Schumann, Vincent Auriol, Andrej Wyschinski, Dean Acheson, Ernest Bevin

Seit 00.00 Uhr ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.



Paris, 1. Juni 1949: Die Delegation der UdSSR.

Wer berät die alliierten Außenminister eigentlich von deutscher Seite in Paris? Ein „Konsultativ-Ausschuss“! Es besteht aus Mitgliedern des Parlamentarischen Rates und einigen westdeutschen Ministerpräsidenten. Die hatten sich dazu erst gestern, am 23. Mai, in Bad Godesberg Gedanken gemacht. ... Bis sie wegen der Unterzeichnung des Grundgesetzes unterbrechen mussten. Der Ausschuss tagt dreimal, am 8., am 16. Juni und am 16. Juli 1949. Er hat nicht mehr zu verkünden als die Außenminister in Paris am 20. Juni 1949.



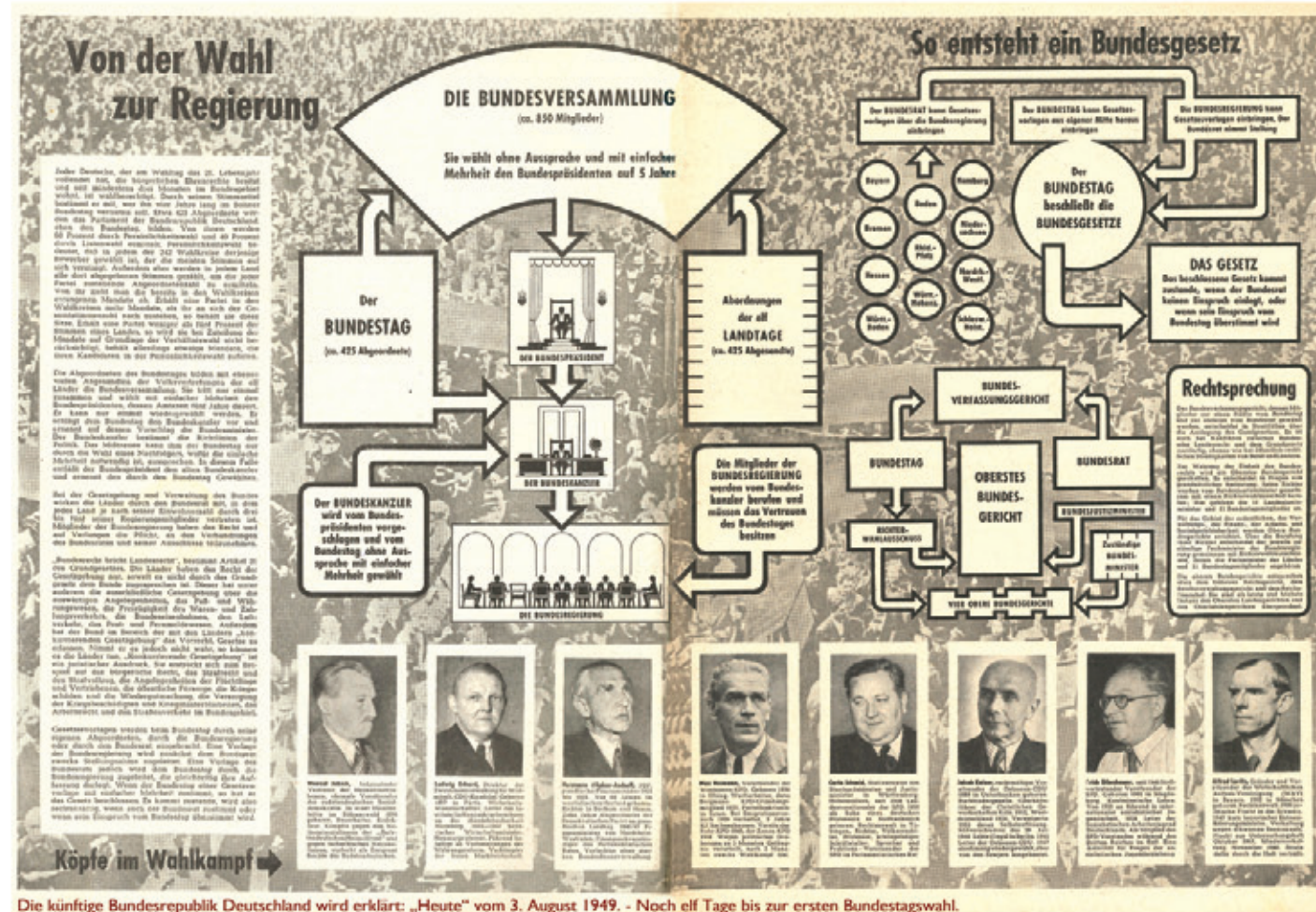
Der neue Staat: „Bundesrepublik Deutschland“

Die Organisation

Im Grundgesetz vom 8. Mai 1949 werden die Aufgaben der Bundesorgane der Bundesrepublik Deutschland beschrieben. Doch es gibt sie noch nicht. Wie also organisiert man einen neuen Staat? Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder und einige Mitglieder des Parlamentarischen Rates werden ihn, den neuen Staat in vielen Sitzungen organisieren müssen. Zunächst die erste Bundestagswahl. Dann: Die Strukturen der Bundesorgane. Außer Organisationsplänen werden Gebäude gebraucht: Für den Bundestag, für den Bundesrat, für den Bundespräsidenten, für den Bundeskanzler, für die Ministerien, für die Bundesämter ... Daran wird gebaut. In Bonn und in Frankfurt am Main. Kurios. Beide wollen Hauptstadt werden. Und Mitarbeiter werden gesucht, zu Hunderten.

Nur wenige Tage nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, das ist der 14. August 1949, liegen in allen Staatskanzleien der westdeutschen Länder die 1,5 Kilogramm schweren „Empfehlungen des Organisationsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz“ für den Aufbau der Bundesregierung und des Staates vor. Sie sind weitgehend in Bad Schlangenbad erarbeitet worden.

Die Bürger der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland in den elf Ländern West-Deutschlands kennen die neue Demokratie bisher nur aus Landtagswahlen: Erklärungsbedarf. Das Boulevard-Blatt „Heute“ vermittelt den Unterschied zwischen „Deutschem Reich“ und „Bundesrepublik Deutschland“. Noch steht die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag und in der Bundesversammlung nicht fest. - Politische Bildung 1949. Vorbild für später?



Die künftige Bundesrepublik Deutschland wird erklärt: „Heute“ vom 3. August 1949. - Noch elf Tage bis zur ersten Bundestagswahl



Mai 1949: Baustelle Bundestag in Bonn



Elf Ministerpräsidenten planen die Bundesrepublik Deutschland in Bad Schlangenbad

Im Juli und August 1949 - Die Länder planen die Bundesrepublik Deutschland

Bad Godesberg, Bad Schlangenbad, Frankfurt, Koblenz, Königstein, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden

Wie wird die Bundesrepublik Deutschland organisiert?

Die elf westdeutschen Ministerpräsidenten treffen sich dafür zusammen mit Vertretern des Parlamentarischen Rates immer wieder über mehr als zehn Wochen hinweg in Bad Godesberg, Bad Königstein, Bad Schlangenbad, Frankfurt, Koblenz, Stuttgart, Tübingen und Wiesbaden.

Häufigster Tagungsort ist Bad Schlangenbad: Allein der „Organisationsausschuss“ kommt dort 16-mal zusammen!

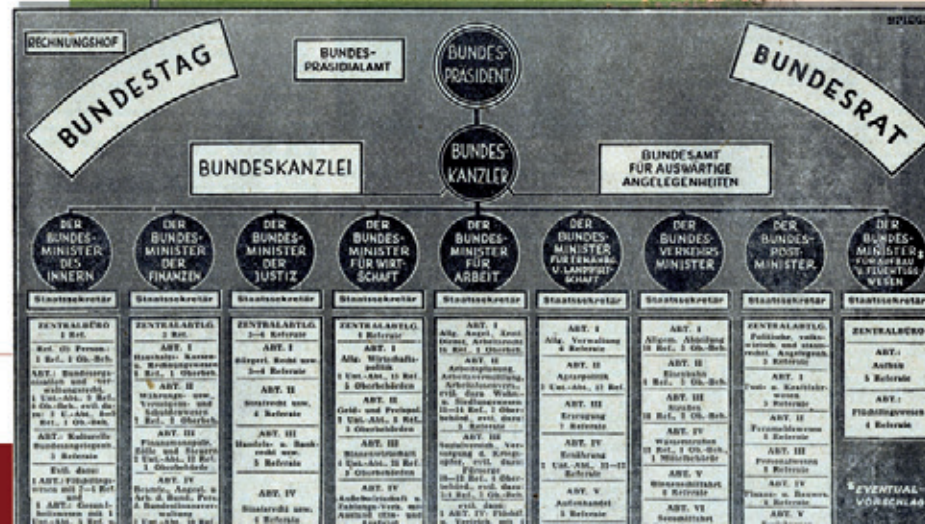
Es gibt neben dem Wahlgesetz und der Festlegung des Wahldatums zum ersten Deutschen Bundestag viel zu planen: Bundesbehörden, Bundesministerien, Regelung der Gesetzeswerke des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Bezug zur zukünftigen Bundesrepublik Deutschland ... Da tauchen Details auf wie die 'Bundespressestelle', ein 'Statistisches Amt' oder Fragen nach Sonderbriefmarken der Deutschen Post oder der Zukunft des 'Deutschen Obergerichtes'. In mehr als 30 Sitzungen wird die Bundesrepublik Deutschland geplant.

Doch das ist eine neue Geschichte: Die Geschichte, wie aus den Bestimmungen unseres Grundgesetzes unser Staat wurde ...

Ende



Kurhotel Bad Schlangenbad 1949.
Konferenzort für 20 Tage.



Handgemalt und hektographiert, gesetzt und gedruckt: Die Protokolle und Berichte der Ausschüsse geben die Organisationsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zum Besten. Wird die erste deutsche Bundesregierung dem folgen?



DIE NEUE ZEITUNG

DIE AMERIKANISCHE ZEITUNG

Finanzminister protestieren gegen Mehrbelastung der Länder

Bedenken gegen Nachtragshaushalt und Mutterschutzgesetz

Frankfurt, 28. Juli (DZ). — Die Finanzminister der Länder des Bundes haben es in ihrer letzten Sitzung in Bonn ab, in der sie über den Nachtragshaushalt einigten, an dem die Länder eine erhebliche Mehrbelastung zu tragen haben.

Die Finanzminister schlugen dem Länderparlament vor, gegen das Mehrbelastungsproblem, sowie gegen die Überforderung der Länderparlamente, eine Untersuchung der Bundesregierung zu veranlassen, die sich mit der Frage der Verteilung der Bundeslasten befassen soll.

Einigung über Bundesministerien

Frankfurt, 28. Juli (DZ). — Die Bildung eines Ausschusses für die Überwachung der Ausführung der Bundesgesetze ist von den Bundesministern beschlossen worden.

In dem Ausschuss, der neben einem grundsätzlichen Teil aus einem gebildeten Vorschlag über die Gliederung sämtlicher Bundesorgane und Ministerien enthält, wurde bereits die Bildung eines Planungs- und Wirtschaftsausschusses als beratendes Gremium beschlossen.

Während über die Erhebung von 8 Bundesministerien für Innere, Posten, Verkehr, Arbeit, Ernährung, Verkehr, Post und Justiz Einigung erzielt wurde, besteht noch Unklarheit, ob in der Arbeit der Arbeitsministerien soziale und Wirtschaftsfragen aufgenommen werden sollen. Die Mehrheit der Ausschüsse sprach sich außerdem dafür aus, daß die Bundesregierung über die Bundesministerien zu berichten hat.

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Ein unzerstörbares Werk

Poliz der Luftbrücke

Auf dem Weg nach Europa - 12 wichtige historische Daten zur Gründungsgeschichte

„... als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ heißt es seit dem 24. Mai 1949 in der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949.

Noch deutlicher wird der Wille der deutschen Länder und später des Deutschen Volkes, alt-hergebrachte Nationalstaatlichkeit zugunsten eines supranationalen freien Europas zu verändern im Artikel 24 des Grundgesetzes:

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

Die wichtigsten historischen Daten der Gründung der Bundesrepublik Deutschland:



Impressum

Eine Aus-
stellung von



www.koenigsteiner-kreis.de
www.demokratie-geschichte.de

in Koope-
ration mit

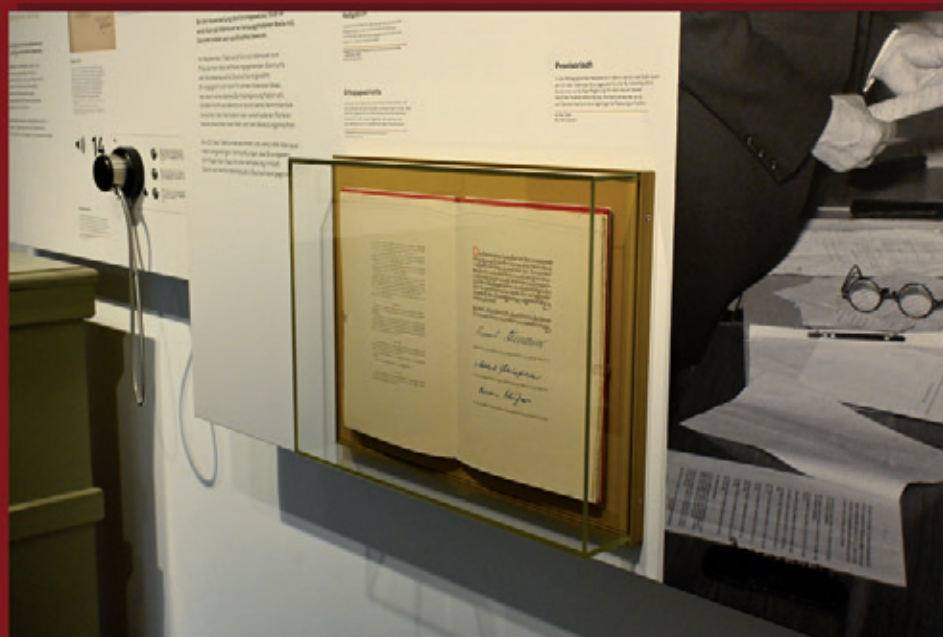


Idee, Konzept, Texte: Christoph Schlott; Redaktion: Michael F. Feldkamp, Wolfgang Geiger; Lektorat: Frauke Heckmann, Christina Voigt; Gestaltung: Christoph Schlott.

Bildnachweise:

Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Plane: 23 (ru) - Bayerischer Landtag, Archiv, Plane: 28 (oM) - Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plane: 13 (u) - BPK Bildagentur, Berlin, Plane: 11 (l), 24d (Ml), 29a (l), 29b (r) - Deutscher Bundestag, Berlin, Plane: 1, 29c, 29e, 29h (l: Sylvia Bohn), 29e (r: Burkhard Peter), 29 i (M, r: Sylvia Bohn, Achim Melde, Presse-Service Stepponaitis, Tobias Koch), 48 (r) - Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Plane: 33b (o) - dpa picture alliance, Plane: 6 (Mo), 7 (M), 8 (u, r), 9 (Fotos), 10 (Fotos), 10a (lu), 10b (M), 10c (l, r), 12 (o, r), 13 (l, r, u), 17 (r), 24f (l), 26 (l), 26a, 26b (u), 27 (ol, oM, or, ur), 29i (l), 31 (Fotos), 33 (ru), 33a (Fotos), 33g (lu), 34 (ro, u), 36 (lo, u), 36a (M, u), 36d (Fotos), 36e (Fotos), 37 (ro), 38 (lo, IM, lu), 40 (r), 42 (Fotos), 44 (Fotos), 45, 46 (Fotos), 47 (lu, lo), 48 (lu, IM, lo), 49 (lu) - Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Plane: 1 (M, r), 11 (r), 3, 17 (l, M), 18 (Fotos), 19 (Fotos), 20 (M), 21, 22 (r), 23b (u), 24 (teilweise), 24a (Fotos), 24b (Foto), 24c (Foto), 24d (ul, ol), 24e (lu, M, Mr, r), 25 (lo), 26b (o), 28 (ro), 29, 29a (r), 29b (l), 29c (M), 29d, 29e (l, M), 30 (l), 32 (M, r), 33 (ro), 33d (l), 33e (lo), 33f (Fotos), 36 (u, r), 36a (r), 36b (Fotos), 37 (r), 40 (l) - Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt, Plane: 10d (Fotos) - Landeshauptarchiv Koblenz, Plane: 14 (M), 15 (u), 18 (ru), 22 (M), 23 (Akten), 27 (ur), 28 (ul, ur) - Provan, John, Privatsammlung, Plane: 10c (M, u), 16 (u, ol), 24d (M, r), 29b (M), 35 (o, ur) - Süddeutsche Zeitung, München, Plane: 13 (Mo), 15 (Fotos), 24e (Mu), 25 (M), 27 (u), 33c (M) - Wikipedia, Plane: 2 (Porträt), Plane 5 (Fotos), Plane 6, Plane 7 (l), Plane 8 (o), 33c (r), 47 (M), 49 (o, r) - Wikipedia und NKK e.V., Plane: 4, 35l - Kolorierungen Christopher Gries, Köln, Plane: 3, 10b, 10c, 13, 14, 24b, 24d, 24e, 25, 29, 29a, 33c, 37, 40 - Alle anderen Abbildungen stammen aus dem Bildarchiv Neuer Königsteiner Kreis e.V., Limburg a.d. Lahn.

Alle zeitgenössischen Fotografien aus den Jahren 1948 und 1949 sind im Original schwarzweiß. Sie wurden für diese Ausstellung nachträglich koloriert, z.T. mit Hilfe von AI.



Blick in die Dauerausstellung des Adenauer-Hauses Rhöndorf.



Hinweis:

Faksimiles der Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 sind z.Z. zu sehen in: Berlin, Bonn, Frankfurt, Kiel, Königstein i.Ts., Steinbach a.Ts., Stuttgart und ...

... natürlich im Adenauer Haus Rhöndorf (www.adenauerhaus.de).

Historisches Wohnhaus Konrad Adenauers in Rhöndorf.



Bilder: © Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Matthias Dollf.

Sie sahen
eine Ausstellung in der Reihe

Deutschland. Geschichten.



Ein Projekt von

www.koenigsteiner-kreis.de

